

Bezugspreis: Für den Monat September 200, — M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, sowie Ostpreußen und Litauen 200, — M. für das übrige Ausland 202, — M. ...

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Die ein spaltige Nonpareilzeile kostet 40, — M. ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Mittwoch, den 6. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Ein Einigungsprogramm.

Der Entwurf eines Einigungsprogramms der Deutschen Sozialdemokratie, dessen Wortlaut wir folgen lassen, ist nicht das Ergebnis harter Meinungskämpfe und zäher Verhandlungen, er ist vielmehr mit großer Schnelligkeit und Leichtigkeit in freundschaftlicher Verständigung zwischen den beauftragten Vertretern der beiden Parteien zustande gebracht worden.

III. Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Grundlegende umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist. Unmittelbare Beteiligung des Reichs an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen.

IV. Sozialpolitik.

Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag. Herabsetzung der Arbeitszeit in gefährlichen und gesundheitschädlichen Betrieben.

V. Volksgesundheit und Volkserziehung.

Vergesellschaftung des Gesundheitswesens, der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Einheitschule mit weltlichem Charakter. Fortbildung der Religion zur Privatangelegenheit.

VI. Internationale Politik.

Kapitalismus und Klassenherrschaft der Besitzenden haben den Weltkrieg entfesselt und nach seiner Beendigung sich vollkommen unfähig erwiesen, einen wirklichen Frieden herbeizuführen. Ein solcher Friede kann nur aus dem Geist des internationalen Sozialismus geschaffen werden.

Aktionsprogramm

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Gang der geschichtlichen Entwicklung zeigt, daß der Kapitalismus der Welt Frieden, Arbeit und Brot nicht zu geben vermag. Immer zwingender wird die Erkenntnis, daß die Menschheit nur durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlfahrt gelangen kann.

I. Schutz der Republik.

In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bietet, fordert die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands den schärfsten und radikalsten Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie.

II. Kampf gegen die Klassenjustiz.

Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen. Zusammenlegung der Richterkollegien aus allen Volksschichten. Entscheidende Mitwirkung gewählter Beirichter in allen Zweigen der Justiz. Abschaffung der Todesstrafe.

Politik und Geschäft.

Das Geschäft — beim Wiederaufbau nämlich — ist glücklich unter Dach und Fach. Herr Stinnes hat einen Vertrag größten Stiles mit den französischen Wiederaufbaugenossenschaften abgeschlossen, nach dem er für viele Hundert von Papiermilliarden, mindestens also auch für einige Goldmilliarden Baumaterial zu liefern hat.

Eine ungeheure Welle der Erbitterung und der Enttäuschung geht durch die Arbeiterschaft. Das Unternehmertum hat den Staat verleugnet, es war härter als der Staat — der Staat, der in der Demokratie die Herrschaft des Volkes über sein Geschick sichern soll.

Gegen die Führer der Erfüllungspolitik haben schwere industrielle Prekorgane und Parlamentarier die Hege geführt, die mit dem Meuchelmord eines Rathenau endete. Willenlos und bar jeder eigenen Kritik stand diese politische Macht zu den schwarzweissen Mörderjahren.

Und mit der Erklärung kam die Erkenntnis der unglaublichen moralischen Haltlosigkeit, die gerade in solchen Kreisen die Politik beherrscht, von denen man es am allerwenigsten erwarten dürfte. Kein Hinweis auf volkswirtschaftliche oder außenpolitische Vorteile täuscht über den schreienden Widerspruch zwischen politischen Worten und geschäftlichen Taten hinweg.

Vielleicht kann die öffentliche Kritik noch manches der schwersten Bedenken gegen den Vertrag beseitigen — es ist unwahrscheinlich, daß man es darüber auf einen Konflikt ankommen läßt, der den ganzen Ruhm dieser Abmachungen, die Entgiftung der Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich, zunichte macht.

# Gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung.

Um 41 v. H. im August.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes über die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt des Monats August auf 7029 gegenüber 4990 im Monat Juli gestiegen. Die Steigerung beträgt 40,9 v. H. und übertrifft somit den Teuerungssatz von 32 v. H. vom Juni zum Juli noch erheblich.

Die Reichsindizes für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats August auf 9746; sie ist gegenüber dem Vormonat mithin etwas stärker als die Gesamtausgaben gestiegen.

Nast sämtliche Lebensmittel, Kartoffeln ausgenommen, haben weiter stark im Preise angezogen, auch Heiz- und Leuchtstoffe sind erheblich teurer geworden.

## Neue Beamten- und Arbeiterbezüge.

Die am 4. September zwischen den beteiligten Gewerkschaften und der Regierung geführten Verhandlungen bringen den Beamten eine Erhöhung der Bezüge gegenüber dem August um rund 30 Proz. Leider gelang es auch diesmal nicht, den Kopfschlag zu erhöhen. Der prozentuale Teuerungszuschlag steigt nach der neuesten Regelung von 305 um 132 auf 437 Proz. Für die ersten 10 000 M. Grundgehalt und Ortszuschlag werden 492 Proz. gezahlt. Der Teuerungszuschlag zu den Kinderzulagen erhöht sich ebenfalls um 132 auf 437 Proz. Die Zulage bringt dem als „Stichmann“ in Betracht kommenden Beamten der Befoldungsgruppe 3 Stufe III in Ortsklasse A ein Mehr von monatlich 2244 M., dem Bekehrten mit einem Kind unter den gleichen Voraussetzungen 2573 M. Die Gewerkschaften haben sich vorbehalten, für den Fall, daß die Preissteigerungen in dem gleichen Maß sich fortsetzen, neue Verhandlungen anzubahnen.

Für die Arbeiter bei der Reichsverwaltung und in den Reichsbetrieben ist mit den Gewerkschaften vereinbart worden, daß die Lohnerhöhungen für September beträgt bei mehr als 24jährigen Arbeitern im allgemeinen in Ortsklasse A 12 M. in der Stunde, bei mehr als 24jährigen Arbeiterinnen in derselben Ortsklasse 7,90 M. in der Stunde.

Diesen Erhöhungen haben Reichsrat und (ständiger) Leberwachungsausschuß des Reichstages zugestimmt.

### Beratung im Reichstagsausschuß.

Der Leberwachungsausschuß des Reichstages befahte sich in seiner Diensttagssitzung zunächst mit der Erhöhung der Beamtenbezüge. Unter Hinweis auf die ungeheuren Spannungen der Gehälter zwischen den oberen und unteren Befoldungsgruppen stellt Abg. Genosse Bander den Antrag, den Kopfschlag um weitere hundert Prozent zu erhöhen. Ministerialdirektor v. Schlieffen erklärt, daß die Denkschrift über

#### Die gleiche Gehaltskala

in Kürze dem Reichstage vorgelegt wird. Die Arbeiten seien in vollem Gange. Eine wesentliche Verschärfung der Spannung der Bezüge zwischen den unteren und oberen Befoldungsgruppen sei durch die letzte Erhöhung nicht eingetreten. Die Grundgehälter sollen in Kürze neu geregelt werden, ebenso die Ortszuschläge. Deshalb sei es ungewöhnlich, die Nebenbezüge jetzt zu komplizieren. Der Zentrumsabg. Dr. Höffe wendet sich gegen die beantragte Erhöhung des Kopfschlages. Seiner Auffassung nach ist die Spannung zwischen den Bezügen der unteren und oberen Befoldungsgruppen nach Abzug der Steuern nicht so groß wie angenommen werde. Hoffmann (L. Soz.) weist darauf hin, daß die unteren Beamten im allgemeinen mehr Kinder zu ernähren haben als die oberen Beamten. Schon deshalb müßten die sozialen Gesichtspunkte mehr Berücksichtigung finden. Hoffmann stellt dann die Anfrage an die Regierung, ob sie bereit ist, den Kohlen- und Kartoffelzuschlag zu erhöhen. Ministerialrat Kühnemann erklärt, daß zu dem bereits bewilligten Kohlenzuschlag weitere Mittel bereitgestellt werden, ebenso zum gemeinsamen Bezug von Kartoffeln.

Abg. Genosse Steinlopf wendet sich gegen die unzutreffende Darstellung des Abg. Dr. Höffe (Ztr.), der mit den Gehaltszulagen „nach Abzug der Steuern“ operiere. Man dürfe die Vorsteuers-

und Nachsteuersgehälter nicht nach Abzug der Steuern gegenüberstellen, weil das ein schiefes Bild ergebe. Für die hohen Steuern könnten die hochbegabten Beamten keinen Ersatz verlangen. Die Steuern lasteten auf dem ganzen Volk gleichmäßig. Steinlopf wünscht, daß

#### Die Kohlen- und Kartoffelzuschläge

nicht wieder durch eine einzige Genossenschaft verteilt werden. Abg. Degler (Dnat. Sp.) erklärt, daß, falls der Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung der Kopfschläge nicht zurückgenommen werde, er die ganze Befoldungsgruppe ausrotte. Das hätte eine Verzögerung der Auszahlung bedeutet. Abg. Genosse Weis antwortet hierauf, daß die SPD. den Antrag gestellt habe, weil das Reichsfinanzministerium den wiederholt geduldeten Wünschen der Partei nicht Rechnung getragen habe. Er sei bereit, den Antrag zurückzustellen, wenn die Reichsregierung erkläre, daß sie unsere Wünsche künftig berücksichtigen wolle. Die Sozialdemokratie werde auf die Gewerkschaften einwirken, sich dem Reichsfinanzministerium in dieser Frage nicht mehr zu unterwerfen. Nach einer Erklärung des Ministerialdirektors v. Schlieffen, daß die grundsätzliche Nachprüfung der Grundgehälter, Ortszuschläge und aller hiermit zusammenhängenden Fragen als bald erfolgen soll, zieht Abg. Genosse Weis den Antrag zurück, weist aber noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß die Regierung den Ernst, den die Fraktion dieser Frage beizubringen, erkennen möge.

Daraufhin erteilt der Ausschuß die Genehmigung zur Auszahlung der Erhöhungen an die Beamten.

#### Sodann wird die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung von Kleinrentnern

besprochen. Die Regierung erklärt, daß sie die ursprünglich eingelegte Summe von 500 Millionen Mark auf eine Milliarde erhöht habe. Nach längerer Debatte wird folgender Antrag angenommen: „Die zugunsten der Kleinrentner neu in Aussicht genommene Summe von 500 Millionen Mark mit größter Beschleunigung zur Auszahlung zu bringen. Der Satz an Stelle des Grundlohnes der Bedürftigen den Grundsatz des tatsächlichen Bedürfnisses zu setzen, wird von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.“

## Teuerungsaktion der Gewerkschaften.

### Besprechung beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing am Dienstag mittag die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu einer erneuten Aussprache über die Teuerung und die Maßnahmen der Regierung gegen den Wucher. Dr. Wirth gab den Gewerkschaftsführern zunächst einen Überblick über die politische Lage, unrichtigte sie über den Gang der letzten Reparationsverhandlungen in Paris und besprach anschließend die bisher von der Regierung getroffenen Maßnahmen gegen die Teuerung. Unter anderem vermahnte der Kanzler darauf, daß namhafte Goldgaranten für die an Belgien auszuhandigenden Schatzwechsel nicht in Frage kommen können, und gab seiner Anerkennung über die Haltung der Gewerkschaften bei Erörterung der wichtigen außenpolitischen Fragen in der letzten Zeit Ausdruck.

Genosse Graßmann forderte für den ADGB. energischeren Maßnahmen gegen die Not der Zeit.

#### Eine Erhöhung des Preises für Anlagetreide, insbesondere für das erste Drittel der Umlage, sei für die Arbeiterklasse untragbar.

Ferner wünschte Graßmann eine Einschränkung des freien Börsenverkehrs auch auf dem Produktmarkt und Maßnahmen gegen die Auswüchse des Preissteigerungs-wesens. Im Zusammenhang hiermit führte er Fälle an, so z. B. aus Hamburg, wo Fortschieß durch die Preissteigerungen um 2700 Proz. in die Höhe getrieben worden war. Auch die Forderung auf

#### Wiedereinführung der Zwangswirtschaft

für viele Lebensmittel und Bedarfsartikel des täglichen Gebrauchs wurde erneut aufgestellt.

Der Reichskanzler erwiderte auf die Ausführungen Graßmanns, daß das Kabinett sich schon in kürzester Zeit mit weiteren Maßnahmen gegen die Teuerung beschäftigen werde. Die staatliche Forstwirtschaft müsse sich ebenfalls der Geldentwertung einigermassen anpassen, zumal die Etats der Länder auf eine Bewirtschaftung der Forsten basieren. Eine Wiedereinführung der Zwangs-

wirtschaft auf allen Gebieten könne nicht allgemein erörtert werden. Vielmehr müsse man von Fall zu Fall, wie etwa beim Zucker, den Kartoffeln und dem Getreide, die Möglichkeiten, die für oder gegen die Zwangswirtschaft vorhanden seien, genau abwägen. Besonders in der Getreidewirtschaft ständen der Zwangsbewirtschaft große Schwierigkeiten entgegen. Ueherst schwierig sei, bei den jetzigen Preisen für Umlagegetreide zu bleiben. Erhöhe man die Preise nicht, dann bestehe die Gefahr, daß die notwendigen Mengen nicht abgeliefert würden. Die Regierung sei bestrebt, so viel

#### ausländisches Getreide aufzukaufen,

wie es unsere Finanzlage möglich mache. Für die Herbsttransporte habe das Reichsministerium bereits Vorkehrungen getroffen, die eine glatte Abwicklung des Verkehrs erhoffen lasse. Auch sei die Regierung bestrebt, durch Vorschüsse den Beamten und Arbeitern bei der Versorgung für den kommenden Winter behilflich zu sein.

Balkrusch von den christlichen Gewerkschaften erklärte, daß seiner Organisation weniger an der Einführung der Zwangswirtschaft, als vielmehr an durchgreifenden Maßnahmen zur Behebung der Krise läge. — Zum Schluß der Aussprache erklärte der Reichskanzler, daß noch in dieser Woche mit dem Reichsernährungsminister und dem Reichswirtschaftsminister die allgemeine Ernährungslage besprochen werden soll und dann eine erneute Zusammenkunft stattfinden könne.

## Notstandsmaßnahmen für Sozialrentner.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beschäftigte sich am 5. September mit einer Vorlage des Reichsarbeitsministers, die der dringendsten Not der Sozialrentner abhelfen soll. Ministerialdirektor Ritter gab einleitend eine Erläuterung des Entwurfs. Das Reich stellt

#### eine Milliarde Mark

zur Verfügung, die an die Länder zur Verteilung kommt, wobei 30 Millionen Mark als Sonderzuschüsse für die besetzten Gebiete gedacht sind. Die Länder bestimmen Art und Umfang der Notstandsmaßnahmen und regeln die Verteilung der Reichszuschüsse an die Gemeinden. Als Notstandsmaßnahmen kommen insbesondere in Betracht Maßnahmen zur Beschaffung billiger Lebensmittel, Kleider und Heizstoffe. Von den Reichszuschüssen dürfen neun Zehntel nur zu Notstandsmaßnahmen verwendet werden, deren Kosten von den Ländern und Gemeinden zu einem Fünftel aus ihren eigenen Mitteln getragen werden. Die Regierungsvorlage betont, daß es sich jetzt um eine Aktion zur Vinderung der augenblicklichen Not handele, ohne daß damit einer

#### bald folgenden Erhöhung der Renten

vorgegriffen werden solle. Im Verlauf der weiteren Debatte wurde auf Antrag des Abg. H. o. (Soz.) der Anspruch der Rentempfänger für die neuen Notstandsbeihilfen obligatorisch nach Maßgabe des Familienstandes gestuft, soweit sie nach dem Notstandsgesetz vom 29. Juli bezugsberechtigt sind. In der Abstimmung wurde der Regierungsvorlage mit der vom Abg. Hoch beantragten Verringerung zugestimmt. Drei Vorlagen des Reichsarbeitsministers sehen eine Verdoppelung der Versicherungsgrenze der Angestelltenversicherung auf 100 000 auf 200 000 M. vor, sowie der Grundhöhe und der Drittelsgrenze bei den Krankenkassen und die Erhöhung von Geldbeträgen in der Kranken- und Unfallversicherung. Die Grundhöhe bei den Krankenkassen wurden von 60 bzw. 120 M. auf 180 bzw. 360 M. erhöht. Die Höchstgrenze der Krankenversicherung und der Unfallversicherung wurde auf 300 000 Mark festgelegt. Die Vorlage über die Erhöhung von Geldbeträgen in der Kranken- und Unfallversicherung wurde angenommen. Damit waren die drei Vorlagen erledigt und der Ausschuß vertagte sich auf Mittwoch.

## Gemeinsame sozialistische Fraktionskinnung.

In der Annahme, daß bis dahin die Wiedervereinigung von Sozialdemokraten und Unabhängigen erfolgt ist, werden, wie die P. P. N. hören, die Vorstände der beiden Landtagsfraktionen für den Nachmittag des 26. September die sozialdemokratischen und unabhängigen Landtagsabgeordneten zur ersten gemeinsamen Fraktionskinnung einladen.

## Endlich einmal!

Von Frh. Müller, Chemnitz.

Die bürgerliche Presse sieht an den Wässern Babels und weint. Die preussische Regierung hat sich einmal zu einem energischen Schritt aufgemacht, der ihr zu beweisen scheint, daß man wenigstens in der Regierung des größten deutschen Bundesstaates Ernst zu machen gewillt ist, die Rechtsparteien<sup>1)</sup> als außerhalb der Staats- und Gesellschaftsordnung stehend zu betrachten und die Konsequenzen aus dieser von diesen herrschenden<sup>2)</sup> selbst gewollten Stellung zu ziehen. Schon im Reichstag ist es zur Sprache gekommen, daß dem Sohn des deutschnationalen Abgeordneten Hergt<sup>3)</sup>, der im Besitz eines Zeugnisses über die wissenschaftliche Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst war, die Zulassung zum Dienste in der Reichswehr<sup>4)</sup> nicht erteilt worden ist. Der Grund hierfür war eine geringfügige Geldstrafe von 6 M., die der junge H. sich als Leiter eines deutschnationalen<sup>5)</sup> Jugendvereins wegen Uebertretung der Vereinsgesetze zugezogen hatte.

Selbstverständlich wirkt die geringfügige Uebertretung an sich nicht so viel, daß man dem jungen Mann die Berechtigung zum Dienst in der Reichswehr<sup>6)</sup> deshalb hätte nehmen sollen, das Schwergewicht liegt vielmehr darin, daß er sich diese Strafe als Leiter eines sogenannten deutschnationalen<sup>7)</sup> Jugendvereins, also eines deutschnationalen<sup>8)</sup> Jugendvereins zugezogen hatte. Es ist außerordentlich erfreulich, daß die preussische Verwaltung deutschnationalen<sup>9)</sup> Agitatoren und Aufwieglern nicht als unbefohlene Menschen ansieht, daß sie endlich nach dem von uns stets vertretenen Grundfah handelt: Deutschnationaler<sup>10)</sup> Führer und Agitator zu sein, ist ein Verbrechen gegen den Staat, das den Betreffenden aus der Staatsgemeinschaft ausschließt.

Aber auch auf anderem Gebiete hat der junge H. die bittere Erfahrung gemacht, daß man wenigstens im Freistaat<sup>11)</sup> Preußen nicht ungestraft deutschnationaler<sup>12)</sup> Aufwieglern sein darf. Er hatte sich schon 1920<sup>13)</sup> präventiv auf das Abiturientenexamen vorbereitet, ist aber trotz dreimonatigen Aufwandes zur Reifeprüfung nicht zugelassen worden. Das Provinzialschulkollegium gab dem Deutschnationalen<sup>14)</sup> folgenden Bescheid:

„Berlin W. 9, den 5. Juli 1921.“

Wie aus dem uns von Ihnen eingereichten . . . Urteil . . . hervorgeht, haben Sie die Befehle des Staates absichtlich übertreten. . . Bei dem befundenen Mangel an moralischer Reife vermögen wir Sie zur Reifeprüfung nicht zuzulassen.

(gez.) Wager.“

Endlich ein freies, ein wahres und ein mutiges Wort. Möchte sich doch die Erkenntnis, daß die Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei<sup>15)</sup> ein Mangel an geistiger Reife ist,

auch in anderen Bundesstaaten Bahn brechen, auch in solchen Bundesstaaten, wo man die Angehörigen von Rechtsparteien<sup>16)</sup> hübsch und freudlich, wo man sie, denen der preussische Staat ihre geistige Unreife amüßlich bescheinigt, zu beratenden Konferenzen einlädt, und wo man sie zu Vizepräsidenten der Landtage nicht bloß wählt, sondern wo sozialistische<sup>17)</sup> Parteien sogar amtlich bemüht sind, um der lieben Bequemlichkeit halber deutschnationalen<sup>18)</sup> Vizepräsidenten solange wie möglich im Amte zu halten!

Anmerkung: Der Leser verändere in vorstehendem Text die angemerkten Worte wie folgt: 1) die sozialdemokratische Presse, 2) Sozialdemokraten, 3) von den Genossen, 4) des Obergenossen Düwells, 5) zum Dienste als Einjährig-freiwilliger, 6) eines Arbeiterjugendvereins, 7) siehe 6), 8) eines sozialdemokratischen J., 9) im Königreich Preußen, 10) 1910, 11) dem Genossen, 12) 1911, 13) zur Sozialdemokratie, 14) die Genossen, 15) bürgerliche Parteien, 16) sozialdemokratische Vizepräsidenten.

Nimmt man diese kleinen Veränderungen vor, dann erhält man, was mit Einschluß aller Sperrungen wörtlich zu lesen war im Jahrgang 1912 auf Seite 168 und 169 der konservativen Zeitschrift „Das Vaterland“!

Rhythmus der Zeit. Die Zeit hat wieder einen kleinen Puls bekommen. Das hat sie wohl überall augenblicklich in deutschen Landen, aber in der Millionenstadt merkt man diesen geräumtesten Rhythmus tausendmal stärker als anderswo. Alle Dimensionen sind wieder verkürzt, jeder Auftrieb stößt, der Maß der Ungewißheit dockt auf jeder Brust. Und diese Stimmung strahlt in das Straßenbild hinein. Man ringt und raucht nach Lebensmitteln, — sonst wird nichts gekauft. Wer Geld hatte, ist eingedeckt mit allem, vom Wintermantel bis zur Vanolintube, und wer nicht eingedeckt ist, kann nichts mehr kaufen — wie sollte man auch, in einer Zeit, da in der Tauentienstraße ein Paar Schuhe 4000 Mark kosten. Ich betone: Tauentienstraße, also Tipp-topp-Westen — denn draußen in peripheren Berlin lösten die Schuhe — seitdem wir eine unschöne Preispolitik — schon 4500 Mark!

Hausfrauen raffen alles Papier zu Hauf, denn das Rilo Papier bringt bereits 16 Mark, und vier Rilo Papier geben ein Viertelpfund Butter. In so manchen Küchenschränken und Wäschekästchen liegen die schwindenden Besitztümer auf naßem Holz. Denn die Hausfrau variiert in keiner Zeit ein Wort aus der großen und sagt: Papier gab ich für Margarine, Garbinnen wundert als Bekanntschaft in die Betten, alte Jaden mit zerfallenen Futter werden zerstückt überwinteren müssen, denn der Futterstoff für eine Damenwinterjacke kostet 2000 Mark. Im Regenschut, das man durch gute Tips erfahren hat. Ganz kleine Leute kaufen einen Dollar, zwei Dollar für ihre letzten Tausender und werfen die Katastrophe und damit den Rest ab, das Danaergesicht der Welt. In einer Wechselstube der Potsdamer Straße wurde der Verkauf von Dollarnoten, die im Schaufenster großartig zur Schau gestellt sind, rationiert. Einen Dollar pro Mann und Weib! Und der Weib, der für diesen Winter den Kopfenverkauf nach Viertelpfundchen

— in Scheiden oder in einem Säck — prophezeit, wird weiter ausgebaut: In der Streichholzschachtel liefert der Kohlenhändler die Ware — im Korbauto läßt er die Scheine abholen, mit denen sie bezahlt wird. Das Leben stößt — in den Gasstätten wird es leer, da es nicht jedermanns Sache ist, ein Gedächtnis für 90 Mark mindestens zu verzeihen. Und selbst in den Luxusdielen wird es stiller — bis Edelvoluta rollt nur verstimmt.

Der Berliner Rhythmus ist zerbrochen, und Kassandra schleicht durch die Finsternis. Der Anstichgedanke hat festigt, hinterum — wie alles wieder hinterum geht. Berlin ist die Hauptstadt von Oesterreich geworden. Oesterreichische Zustände, das ist der wahre Rhythmus von Berlin.

Irland und die irische Sprache. Im Verfassungsentwurf des irischen Freistaates heißt es unter anderem: Die nationale Sprache ist Irisch, aber auch das Englische soll als Amtssprache anerkannt werden. Danach könnte es erscheinen, als wenn das irische Volk (abgesehen vielleicht von Ulster) auch durchweg irisch spreche, und so nehmen wohl auch sonst die meisten an. In Wirklichkeit ist das aber durchaus nicht der Fall!

Das Irische gehört zu den sogenannten keltischen Sprachen, die mit dem italienischen Sprachstamm (Lateinisch usw.) enger verwandt sind und sich zu Beginn unserer Zeitrechnung über Frankreich, Belgien, Süddeutschland (teilweise), den größten Teil Oberitaliens und die britischen Inseln erstreckten. Auf dem Festland ist von diesen Sprachen nicht mehr außer dem Bretonischen vorhanden. Dieses wird in der Bretagne (Nordwestfrankreich) gesprochen, stammt aber auch von Einwanderern aus den britischen Inseln. In Großbritannien mußte das Keltische ebenfalls immer mehr vor dem Englischen zurückweichen, in Schottland wurde 1901 das Schottische (Gälische) von etwa 250 000, das Kymrische in Wales von etwa einer Million gesprochen, von denen aber je drei Viertel zweisprachig waren, d. h. auch Englisch gebrauchten. Nur das Kymrische scheint sich auf gleicher Höhe zu halten. Im allgemeinen aber nimmt die Zahl der keltischen Sprachen Sprechenden immer mehr ab, das gilt besonders auch für das Irische. Dieses wurde 1840 in Irland noch von mehr als drei Millionen gesprochen. Die Hungersnot in den fünfzig Jahren des vorigen Jahrhunderts, die besonders die Landflächen mit irisch sprechender Bevölkerung betraf, führte dem Irischen den größten Schlag zu. Ein großer Teil der Bevölkerung mußte auswandern (nach den Vereinigten Staaten), und auch in den folgenden Jahrzehnten war der Auswandererstrom verhältnismäßig groß. Die Auswanderer nahmen selbstverständlich fast alle größtenteils die Sprache ihrer neuen Heimat, nämlich Englisch, an. Aber auch in Irland selbst verlor und verliert das Irische immer mehr an Boden. 1901 wurde es nach der Statistik von etwa 620 000 Menschen gesprochen, von denen nur 21 000 Irisch allein gebrauchten, während die anderen auch Englisch sprachen. Seit 1901 hat die Zahl der irisch Sprechenden nicht zugenommen, höchstwahrscheinlich sogar weiter abgenommen; denn die irische Sprache ist infolge eigenartiger Anlaufesetze und auch aus sonstigen Gründen schwierig zu erlernen, und einmal vorerorenes Gebiet vermag sie nicht wiederzuerobern.

Irland hat gegenwärtig etwa 4,4 Millionen Einwohner, von denen also ein Sechstel irisch spricht. Für den Freistaat allein würde das Verhältnis nicht viel besser sein, da auch in Ulster von über 90 000 Irisch gesprochen wird. Wie schon erwähnt, würde das

Ein Tag hinter dem Ladentisch.

In dem folgenden Bilde schildert der Verkäufer eines Kolonialwarengeschäfts die Eindrücke, die ihm während seiner Tätigkeit als typisch für die Einstellung des kaufenden Publikums erschienen.

Das Kolonialwarengeschäft, in dem ich als Verkäufer tätig bin, liegt in einer Gegend, in der nur das Proletariat wohnt. Die Häuser sind Mietskasernen, von denen große Teile des Verputzes herabgefallen sind, langweilige Fensterreihen und die Formlosigkeit der ganzen Hausfronten zeichnen die Straße aus, in der das mittelgroße Geschäft liegt. Mein Prinzipal handelt so ziemlich mit allem, was zu des Landes Kolonialwaren gehört. Und gerade das ist die richtige Stelle, um zu erfahren, wie sich die Hausfrau mit der Teuerung, die mit Riesenschritten vorwärts schreitet, abfindet. Pünktlich morgens 8 1/2 Uhr ziehe ich die Kofferkoffer empor, und kaum habe ich den Schlüssel in der Tür herumgedreht, als auch schon die erste Kundin hereintritt. Ein kleines Mädchen, das, bevor es in die Schule geht, noch Brot und Margarine kauft. Der Prinzipal beschäftigt mich in der ersten halben Stunde nur mit der Veränderung der Preise, die sehr häufig auf schwarzen Tafeln in Rundschrift notiert werden. Aus der ihm zugesandten „Kolonialzeitung“ erfährt er die neuesten Preisnotierungen und ist somit immer auf dem laufenden. Dann wird an den Preisen beobachtet, was heute am gangbarsten sein dürfte, und der Zeiterparnis halber werden dann die Waren in Püthen abgemessen, um gleich griffbereit zu sein. So gegen 9 Uhr beginnt der eigentliche Verkauf. Ich unterscheidet gewöhnlich

Drei Arten von Kunden.

Die erste Art ist jene, die bei jeder Preiserhöhung, möge sie gering oder groß sein, ein stilles Entsetzen erfährt, und dann beginnen sie zu lamentieren. Es sind die Träger der Unzufriedenheit, die keiner Umpolung zugänglich sind und gedankenlos auf alles schimpfen. Die zweite Kategorie der Kunden sind die, die alles still und ruhig hinnehmen und ohne jeden Widerspruch eine Preisänderung über sich ergehen lassen und zu milde sind, auch nur im geringsten oppositionell zu wirken. Sie ziehen immer und ewig in demselben Gleichmaß ihre Briefstöße, seufzen tief und bezaheln. Nur auf ihren Schwächern sieht man deutlich etwas wie einen stillen Grimm, den auszusprechen sie auf die geeignete Stunde warten. Der dritte Typus des Käufers sind die ganz Armen, denen vorzugsweise die Ratiner und Arbeitlosen angehören, die auf eine Rente angewiesen sind und die versuchen, in jedem Falle etwas von dem Kaufpreis herabzudrücken. Diese Leute bedient der Chef durchweg selbst, weil er fürchtet, daß die Gefahr besteht, daß ich gegebenenfalls ihnen entweder im Preise etwas nachlasse oder zu dem Abgemessenen hier oder da eine halbe oder ganze Schaufel Ware hinzufüge. Wenn der Geschäftsinhaber vornehm denkt, so kann es glücken, daß diese dritte Art der Käufer von ihm in einem Buche geführt wird und die Zahlung bis zum Empfang der Rente oder der förmlichen Unterstützung gestundet wird. Bei diesen Leuten fällt es ganz besonders schwer, eine Preiserhöhung, die über Nacht vor sich gegangen ist, bekanntzugeben. Man muß beobachten, wie plötzlich ein solch entsetzlich trüber Ausdruck in ihre Augen gleitet, wie sie stumm den Kopf schütteln, um dann ohne das Notwendigste den Laden wieder verlassen.

Der Dollar im Laden.

Die Vertreter der Großhandelsfirmen schwärmen in den Geschäften aus und ein, in der Hauptsache eigentlich nur, um die Kundenschaft zu erhalten, weniger um Ware anzubieten. Es ist erstaunlich, mit welcher Raschheit die Leute bisher jede Steigerung zu motivieren versuchen. Besonders im Gedächtnis bleibt mir haften, daß ein Verkäufer einer großen Firma Schmalz offerierte, den Preis jedoch nicht ergab, sondern ans Telefon ging und bei seiner Firma anfragte, „wie der Dollar steht“. Im Vertrauen erklärte er dann, daß er bei jedem Kunden telephonisch den Stand des Dollars von seinem Hauptgeschäft erfahren müsse, um entsprechend des Schmalz verkaufen zu können. Das Hauptgeschäft unterhält zu diesem Zwecke auf der Börse 3 oder 4 Vertreter, die nichts weiter tun, als jede noch so kleine Schwankung mitzuteilen. So kann es passieren, daß der Geschäftsinhaber, den der Einkäufer vor uns besuchte, billiger eingekauft hat. Doch dieser ungelände Zustand natürlich auf die kleinen Geschäfte zurückzuwirken, ist selbstverständlich. Als der Dollar zu fallen begann, stellte sich das Kuriosum ein, daß die

Warenpreise dennoch weiter stiegen. Mein Hinweis einem Vertreter gegenüber, daß damit die ganze bisherige Einstellung auf den Dollar nichts weiter sei, als ein bequemer Grund, auf Kosten des Volkes zu wuchern, fruchtete natürlich nichts, sondern hatte nur ein Köpfeleucken zur Folge. Ganz plötzlich mit dem Fallen des Dollars erließen wir auf der einen Seite ein Nachlassen der Kaufkraft, und auf der anderen passierte es, daß plötzlich kein Großhändler mehr Ware auf Lager hatte. Beide Teile nehmen die schon bekannte „adwertende Stellung“ ein. Sobald der Dollar wieder zu steigen beginnt, wird auch die Ware zu neuem Preise auf dem Markt erscheinen. Interessant ist eine Angebotsaufstellung, die ich hier folgen lasse, die die Preise kennzeichnet, welche am Montag bei „leerem Lager“ vom Großhandel gefordert wurden:

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Items include Mehl, Reis, Getreide, Bohnen, Kartoffelmehl, Nudeln, Himbeersaft, Kaffee, Erbsen.

Gegen Abend wird der Verkehr stärker. Sobald die Leute den Laden betreten, ist das erste Unterhaltungsthema der Dollar. Er spielt eine gewaltige Rolle, und mit Freuden wird sein Fallen begrüßt oder sein Steigen gemißbilligt. Man sieht jetzt auch weit mehr Männer als diese Zeit einkaufen, die durchweg von ihren Frauen gefandt worden sind, um selbst einmal zu erfahren, wie teuer die Lebenshaltung und mit welchen Schwierigkeiten das Einkaufsen überhaupt verknüpft ist. Gewöhnlich machen die Männer einen weit größeren Spektakel über das Anziehen der Preise als die Frauen, weil das Herbeischaffen der Lebensmittel ja immer nur für sie gelegentlich in Frage kommt. Die Frauen heften sich mit diesem einfachen Mittel gegen die verzeißeltesten Vorwürfe der Männer, die, wenn das Geld im Haushalte früher alle geworden ist, als es ihren Berechnungen nach möglich wäre, beständig vom „schlechten Wirtschaften“ sprechen. Im Augenblick ist das Gespräch über den Dollar auf das wirtschaftspolitische Gebiet hinübergelagert und die Zeit spielt plötzlich keine Rolle mehr, der Laden steht in ganz kurzer Zeit voller Leute, die manchmal Ansichten von einer seltenen Raschheit zum Ausdruck bringen. Aus diesem Hin und Her entspinnt sich mehr wie einmal eine bedenkliche Situation für den Geschäftsinhaber, der dann auf alle mögliche Art und Weise versucht, die erledigte Kundenschaft hinauszugleiten. Die letzten Abendstunden sind darum zu den schwersten zu rechnen, und wenn die Uhr 7 schlägt, weiß man, insbesondere gemessen an den letzten 2 Stunden, was man den Tag über geschafft hat.

Am Pelikanteich.

Ziemlich in der Mitte des Zoologischen Gartens, dessen bedrängte wirtschaftliche Lage, was nicht oft genug betont werden kann, nur durch nicht erlösende Besuchsfrequenz gebessert werden kann, unweit des Antilopenhauses und der Hirschgehege, liegt ein kleiner Teich von mäterischem Aussehen. Bäume umschatten ihn, darunter trauert eine Trauerweide mit lang herabhängenden Ästen. Auf einer kleinen Insel in jenem Wasser erhebt sich neben dichtem Gebüsch ein Baumstumpf. Mächtige Felsblöcke, zum Teil mit tiefen Höhlungen, ragen ins Wasser hinein.

Täglich um vier Uhr versammeln sich hier die Besucher in Menge, um der Fütterung der Bewohner zuzusehen. Dies sind Wasservögel, Möwen von verschiedenen Arten, ein schwarzgefiederter Kormoran und vier Pelikane. Diese Schreiart, entsprechend dem lateinischen Namen Pelecanus, ist richtigter als das häufige „Pelikan“. In Berlin haben wir den rotrückigen und den Roshorn-Pelikan aus Afrika und den Zwerg-Pelikan aus Asien. Die Unterschiede dieser Arten sind in ihren Benennungen angedeutet. Allen gemeinsam ist der walzenförmige Körper, der lange, dünne Hals, der kleine Kopf, der große Schnabel mit dem breiten, vorn hakenförmig gestalteten Oberschnabel und der starke Kehlsack. Mit den niedrigen Beinen bewegen sie sich zu Lande ungeschickt, fliegen aber ziemlich gut und sind namentlich geschickte Schwimmer. Meist leben sie in größeren Schwärmen, machen auch oft gemeinschaftlich Jagd auf Fische, die sie

förmlich planmäßig zusammenreiben und mehr schwimmend als tauchend fangen. Die Völksgasse weiß vom Pelekan manches Märchenhafte zu berichten, so daß er in der Hungersnot sich selbst die Brust aufreißt und sein Junges mit seinem Blute füttert, und nach vor ungefähr hundert Jahren konnte man dergleichen in populären Naturgeschichtsbüchern lesen. Der Fang dieser Vögel gelingt meist ohne große Mühe. In Gefangenschaft lassen sie sich leicht zähmen und bilden in Zoologischen Gärten beliebte Schauvögel.

Man sieht sie bei der Fütterung mit der größten Eile auf die ins Wasser geschleuderten Fische zuschießen, sich in komischer Wut darum balgen, die Beute im Kehlsack bergen, um sie nachher in Ruhe zu verschlingen. Bei ihrer großen Gefräßigkeit ist es, namentlich unter den heutigen Verhältnissen, nicht leicht, sie zu unterhalten. Als ebenso tüchtige Fischer wie sie erweisen sich ihre Teichgenossen. Die auch in unseren Gegenden heimischen Kormorane werden in China häufig jung eingefangen und zum Fischfange abgerichtet. Man legt ihnen dabei Ringe um den Hals, so daß sie die gefangenen Fische nicht hinunterzuschlucken können, sondern im Kehlsack unterseht ans Land bringen.

Angemessenheitspreise.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Im Anschluß an die im Rathaus stattgehabten Besprechungen mit den Vertretern des Kleinhandels wurde in der gestrigen weiteren Verhandlung festgelegt, daß von der Preisprüfungsstelle gemeinsam mit der Wucherabteilung des Polizeipräsidiums und Vertretern des Kleinhandels für die wichtigsten Artikel des Lebensmittelhandels Angemessenheitspreise festgelegt werden, die dem Publikum und den in den Markthallen usw. errichteten Beschilderungen als Anhalt dienen sollen. Diese Preise sollen wöchentlich veröffentlicht werden. Durch Hinzuziehung der Verbrauchervertreter und der Preisprüfungsstelle ist Gewähr geboten, daß auch die Verbraucherinteressen gewahrt sind.

Rasieren mit Nepp.

Wir veröffentlichten vor kurzem einen Aufruf der Organisations selbständiger Friseure Groß-Berlins, der sich hilfesuchend und klagend über die Not des Gewerbes an das Berliner Publikum wandte. Beim Lesen der folgenden Zeilen, die uns aus Leserkreisen zugehen, wird man sich kaum darüber wundern können, weshalb die Berliner sich nicht mehr rasieren lassen. Die Aufschrift lautet:

Auf der Durchreise in Berlin ließ ich mich in einem Friseurladen in der Königgräber Straße rasieren. Es entspann sich folgende Unterhaltung: Sie haben einen starken Bartwuchs, den muß ich zweimal rasieren. Beim zweiten Male wurde ich geschneit. Darauf Behandlung mit Naum und Talsum. Weiter: Sie rasieren sich wohl selbst? Ja! Na, dann muß ich Ihnen noch am Ohr und am Hals die Haare besser beschneiden, außerdem auch den Schnurrbart. Als ich mich dann mit einem Zahnmarschlein in der Hand zur Kasse begab, wurde mir nachstehende Rechnung vorgelegt:

Table with 2 columns: Item, Price. Items include Rasieren, Schnurrbartschneiden, Haare hinter den Ohren, Behandlung mit Naum und Talsum. Total Summa 80 M.

Mir wurde gesagt, es handle sich um feum-sehje Preise und ich bezahlte auch. Kennt man das in Berlin Wucher oder Nepperel? Wir empfehlen den Organisationen der selbständigen Friseure Groß-Berlins, die den oben zitierten Aufruf erlassen haben, selbst darauf zu antworten.

Der Mordversuch des Zehrlings.

Schlechte Erziehung und schlechte Gesellschaft. Unter der schweren Anklage des versuchten Mordes und Raubes hatte sich der Zehrling Hans Hartwig vor der Ferienkammer des Landgerichts 2 zu verantworten. Er war infolge mangelnder Aufsicht - der Vater ist im Kriege gefallen - in schlechte Gesellschaft geraten. Er verkehrte in einem Turnverein, dessen Mitglieder durchweg über höhere Einkommen verfügten. Aus Großmannsholz wollte er es seinen Kameraden nachtun und da ihm die Mittel hierzu fehlten, verschaffte er sie sich kurzerhand durch Verkauf der

1) Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

1.

Hoch oben in Alaska, auf der nördlichsten Spitze, liegt, von Eis umschlossen, ein Eskimowohnplatz, ein recht großer sogar; denn mehr als fünfshundert Männer mit Frauen und Kindern haben hier ihr Heim.

Unter den Eskimos wird der Wohnplatz Ruwut genannt, aber in der Sprache des weißen Mannes heißt er Point Barrow.

Den flachen, sandigen Strand entlang, in einer Ausdehnung von einer Meile oder darüber, liegt, aus Holz gebaut, mit Moos gedichtet, Hütte an Hütte, und vor jeder Hütte erhebt sich hoch über dem Boden ein Geißel. Da befindet sich das gesamte Bestium des Hauses: Fleisch, Speck, Lederbeutel mit Tran, rohe und gegarte Häute, alte und neue Kleider, Sattelzeug, Kajaks, Schlitten, Speere, Lanzen und alle Arten Waffen und Werkzeug - all das, was der Eskimo gebraucht, ist hier vorhanden, mit kräftigen Seehundlederriemen verschmürt, gegen die gewaltigen Winterstürme, das Einschneien, aber vor allem gegen die Nachstellungen der Hunde gesichert.

Im Sommer ist die Landzunge grün und mit Blumen bedeckt, die Häuser stehen verlassen, und oben auf dem höchsten Rampe, vom Meere entfernt, doch mit Aussicht darauf und auf die mächtige Lagune, liegt Zeit an Zeit - das Sommerlager der Eskimos.

Die Frauen sitzen vor den Zelten und rufen einander laut zu, während die fleißigen Hände Häute reinigen und schaben. Von harter Arbeit geteugt, gichtgekrümmte alle Frauen, mit Gesichtern, die tiefe Spuren eines lebenslangen Kampfes mit allen Naturgewalten, mit Hunger und Not tragen, wärmen ihre alten Körper in den Strahlen der Sonne - sie ziehen ihnen nach und suchen sich den geschäftigsten Platz - aber sie sind nicht müde, das ist keiner in Ruwut, auch sie arbeiten nach, sie tauchen Häute und säcken alles Zeug.

Überall sind Kinder, sie laufen zwischen den Zelten hin und her und spielen. Die Jungen, die angehenden Jäger, treiben männliche Leibesübungen und werfen mit Speizen nach Vögeln oder Tieren des Landes, während die kleinen

Mädchen in Gruppen zusammenstehen und zusehen, die kleinsten mit einem Stückchen Fell - der Puppe - im Arm, die größeren mit einem kleinen Bruder oder einer Schwester auf dem Rücken, die aus dem warmen Schutze des Anorakpelzes mit großen, verwunderten Augen in die weite Welt hinaussehen.

Bei den Frauen, zwischen den Kindern, in den Zelten, über den ganzen Wohnplatz streifen die Hunde auf Jagd nach Fressen, auf Jagd nach einem Feinde umher; sie heulen, bellen, fleischen die Zähne, knurren bössartig, es sieht aus, als ob es ans Leben ginge, doch sie meinen es nicht so schlimm. Blöhsch hört man vom äußersten Ende des Wohnplatzes ein durchdringendes, zitterndes Hundegeheul; das wirkt elektrifizierend, alle bleiben stehen, wittern in der Luft, heulen ein wenig, vorsichtig, prüfend, die Stimmung wird sondiert - und dann setzt sich der ganze Chor auf den Schwanz, streckt die Schnauze hoch in die Luft, hinauf in die helle Sonne und stößt ein langes, langes Geheul aus - alle tausend Hunde; auch sie preisen den Sommer.

Unter am Strand der Lagune liegen, geschickt hinter hohen Rasenwällen versteckt, stumme, ernsthafte Männer auf der Jagd nach Wildenten oder Gänsen, und draußen auf dem blauen Meer schießen, anscheinend ohne Zweck und Ziel, Kajaks hin und her. Doch ihre Besitzer, die ledernen Jäger, sind auf Jagd nach Seehunden oder Walrossen aus. Ein Umiak - das Fellboot der Eskimos - kommt um die äußerste Spitze gesteuert, von der milden Sommerbrise mit vollen Segeln über das Meer getrieben, und weit draußen, wo Himmel und Meer sich begegnen, ragen mächtige Schollen empor, hohe blaue, vom Wasser zerklüftete Brücken - das glühende Eis.

Eine Frau steht über das Meer hinaus, mit der Hand sich vor der Sonne beschattend, und starrt gespannt auf einen Kajak, der plötzlich fortzieht, zielbewußt. Sie steht den Mann draußen den Arm erheben und werfen - ein Speer läuft, ein Raitschen vor dem Bug; der Seehund ist getroffen! Andere Kajaks eilen herbei, Speer auf Speer wird nach dem Ziel geschleudert, der ungleiche Kampf wird fortgesetzt, der Seehund schleppt sich mit seiner unerträglichen Last, den Speer im Rücken, mit den ledernen Schwimmläusen daran; er sucht zu entkommen, wird überall von Kajaks oder Speeren angehalten, ermattet - stirbt.

Die Frau stößt einen Schrei aus, sofort ruht die Arbeit,

Frauen und Kinder laufen herbei, sehen mit scharfen Kennernaugen über das Meer - ei, ein Seehund, ein Uglug, nun wird es ein Fest geben!

Bald klammern die Scheiterhaufen. Frauen kommen mit großen Kochtöpfen angeschleppt, andere mit Wasserfesseln, die über dem Feuer angebracht werden; mehr Holz wird aufgeworfen, alles vorbereitet, aber draußen auf dem Meer mühen sich die Jäger mit ihrer großen Beute ab, das Land zu erreichen, geführt von dem, der zuerst seinen Speer in den Rücken des Uglugs pflanzte. Es geht langsam, aber vorwärts kommt man doch, ein Schlepptau wird an Land geworfen, das übrige besorgen die Frauen.

Unter Rufen und Schreien und großem Jubel wird der mächtige Seehund an Land gezogen, gehäutet, in Stücke geschnitten, in die Kochtöpfe getan, und bald geht der Ruf durch den Wohnplatz - „Der Uglug ist gedocht!“

Die Männer verlassen ihre Rasenwälle, die Frauen ihre Felle, die Kinder ihr Spiel, alle eilen nach dem Scheiterhaufen, zu dem dampfenden Uglugfleisch - es ist genug da für alle, die kommen. Die Augen glänzen, der Mund ist gestopft, das Leben herrlich zu leben.

Stumm sitzen sie um den glimmenden Scheiterhaufen herum, rülpfen laut, satt und zufrieden, denken rein gar nichts mehr. Aber es herrscht Feststimmung, ein Mann versucht, ob nicht Aussicht auf einen Tanz ist, indem er die Finger saftig über das stramme Fell der Trommel gleiten läßt - die Frauen wiegen sich im Takt, die Männer nicken, andere Trommeln kommen zum Vorschein, der Tanz beginnt - der wilde Hula - Hula. Man lacht, jubelt und tanzt, die Feuer klammern wieder hoch in die helle Nacht, der Rauch steigt gen Himmel in leichten bläulichen Wolken - es herrscht Freude und Wärme und Lachen, und über den Abhang hinauf, nach dem weichen Mooslager, gehen Mann und Frau Hand in Hand miteinander.

Es ist Hochsommer in Ruwut, aber bald kommt der Winter.

Verchwunden sind die Zelte, für den kommenden Frühling geborgen, verschwunden die Häuser, tief unterm Schnee - doch nein, nicht völlig, an zwei Wächern kann man sie erkennen, eins, wo der Rauch sich einen Weg in die freie Luft hinaus bahnt, ein anderes über dem Fenster aus Tierdarm, durch das ein schwacher Schimmer in die dunkle Polarnacht hinausfällt. (Fortsetzung folgt.)



# Die Frauenfrage in der Partei.

Es besteht die Tendenz, die Frauenfrage immer mehr in der Gesamtpartei aufgehen zu lassen. Sie ist eine durchaus gesunde. Die Frauenfrage umschließt Probleme, die eine Umstellung der Denkgewohnheiten beider Geschlechter verlangt. Es muß gemeinsam nach neuen Gemeinschaftsformen zwischen Mann und Frau gesucht werden. Das Problem hängt mit allen Problemen unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zusammen. Diese Erkenntnis ist den Frauen im allgemeinen weit weniger klar als den Männern. Das ist eine gefährliche Klippe für die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Boden der demokratischen Staatsform. Die Frau, die mit den in der kapitalistischen Welt wurzelnden Familienidealen erfüllt ist, wird geneigt sein, rückwärts zu reformieren. Die Partei hat daher allen Anlaß, sich mit der Frage eingehend zu beschäftigen. Das ist nicht nur parteipolitisch zu beurteilen, sondern allgemein kulturpolitisch. Sie hat neben der politischen die Mission, die sozialistische Gesellschaft aus der Masse heraus geistig zu entwickeln. In den Bildungs- und Wohlfahrtsauschüssen hat sie sich Organe geschaffen, die für diese Aufgabe besonders in Frage kommen. Bei einer entsprechenden Ausweitung ihres Betätigungsfeldes könnten diese Ausschüsse auch die Frage der besseren Erziehung der Frau im Rahmen der Gesamtpartei noch intensiver lösen helfen, als sie das heute vielleicht schon tun. Das ließe einer späteren Erörterung vorbehalten. Heute sollen uns hauptsächlich die bisher für die Frauen getroffenen besonderen Veranstaltungen beschäftigen.

Festgestellt muß zunächst werden: Aufmerksamere Beobachtung lehrt, daß die weibliche Mitgliedschaft überall dort, wo besondere Veranstaltungen nicht stattfinden, nicht fortschreitet. Die gemeinsamen Veranstaltungen haben also scheinbar immer noch nicht die gewünschte Anziehungskraft für die Frauen. Zum Teil hat das seinen Grund in häuslichen Verhältnissen.

Unsere heutigen Parteiveranstaltungen sind im allgemeinen mit Tagespolitischen Fragen und rein technischen Geschäften überlastet, so daß für grundsätzliche Erörterungen weniger Zeit bleibt, als unserer Sache gerade heute gut ist. Sicherlich sind Tagesfragen und grundsätzliche Erörterungen sehr gut zusammen zu behandeln. Sie gestatten aber selten eine tiefgehende Problembearbeitung.

Behrt nun die Erfahrung, daß die allgemeinen Veranstaltungen nicht die Frauen im weitesten Umfange erfassen, so müssen wir uns die inhaltliche Ausgestaltung dieser Sonderveranstaltungen sehr angelegen sein lassen, ohne dabei aber das Ziel, die Gemeinsamkeitstendenz, aus dem Auge zu lassen. Sie muß noch viel mehr als bisher gepflegt werden. Ihr entspringt der Wunsch, befähigte Frauen auf größeren Parteiveranstaltungen (Parteitagen, größeren allgemeinen Funktionärskonferenzen) auch über andere als über die Frauenfrage sprechen zu lassen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die Beipredung dieser Frage auf großen Tagungen nicht notwendig sei.

Wie dienen nun die Frauenveranstaltungen am besten dem Zweck der Erziehung zum Revidenten und der Agitation zugleich.

Es ist erst darüber geklärt worden, ob die Frauen tagespolitische Fragen erörtern sollen. Bei den Erwartungen, die rein gefühlsmäßig ohne tieferes Wissen an die politischen Erfolge der Partei geknüpft werden, liegt die vergleichende Gegenüberstellung zwischen Ideal und Tageslage sehr nahe. Man dürfte in Situationen, wie wir sie schon gehabt haben und noch haben werden, nicht allein damit auskommen, Aufklärung verlangende Frauen in die allgemeinen Veranstaltungen zu verwirklichen. Außerdem kann die Erörterung auf Sonderveranstaltungen nur ein Übriges zur Aufklärung beitragen. Die Tagespolitik soll aber keineswegs die Tagesordnung der Frauenveranstaltungen sein.

Stellt man den Frauenveranstaltungen die Aufgabe, die Frauen zum Umdenken zu erziehen, so muß naturgemäß der Inhalt dieser Veranstaltungen ausgehen von ihrer Gedankenwelt mit dem Ziel, eine neue Welt daraus zu gestalten. Unterzieht man die Frauenabende beispielsweise der letzten Geschäftsperiode einer Prüfung unter diesem Gesichtswinkel, so ist festzustellen, daß das Suchen nach neuen Innenwerten in den von den Frauen verlangten Themen zum Teil zum Ausdruck kommt. Die selbstgewählten Titel sind oft recht unbeholfen. In der Ausdrucksart offenbart sich die innere Not, die nach Form ringt. Ohne Korrektur könnten unsere Redner aus solchen Titeln oft kaum etwas machen. Ob aber jeder Redner (männlich oder weiblich) sich bemüht, daß er an Fäden anknüpfen muß, die wie seine Spinnweben hinter spröden Mauern spinnen, aus denen aber der Weltfaden einer Lebensauffassung gewirkt werden soll, das ist eine andere Frage. Das muß ich z. B. verneinen, wenn ich diesen Maßstab anlegen auf Frauenabende, auf denen schöngestaltete Literatur gepflegt worden ist. Da kommen unsere zeitgenössischen Dichter mit ihren sozialen Werken ganz und gar zu kurz. Es soll nicht verkannt werden, daß auch aus unsern Klassikern soziale Kernwerte herausgeholt werden können. Besonders eignen sich auch Besings u. a. zahlreiche Werke z. B. von Charles Dickens zur Pflege sozialer Gedankenengänge. Wärmer aber geht man vorüber an den Werken eines Gerhart Hauptmann und all den anderen zeitgenössischen Dichtern, die uns die Philosophie des Sozialismus in der Kunst erleben lassen. Vielleicht haben unsere Referentenkurse hier noch eine besondere Aufgabe zu erfüllen.

Es liegt mir fern, einer weltobgewandten Schöngeisterei das Wort reden zu wollen. Die Erfahrung lehrt uns aber, daß zahllose Menschen ihre Handlungen von haltlosen Ideen ableiten. Darum heißt es keine Zeit verpassen, wenn man nicht auch die in der Kunst gegebenen Mittel anwendet zur Pflege unserer im Wortsin zwischen Himmel und Erde in Dingen, Gedanken und Empfindungen verankerten Ideale.

Eine besondere Rolle spielen die Themen über Religion, Erziehung und Schule. Daß die Themen reichlich viel Gelegenheit bieten, dem Innenleben bestimmte Ziele zu zeigen, versteht sich von selbst. Ein Thema über Schule und Erziehung erschöpft sich niemals in Methodik, sondern bietet in der Kennzeichnung des Erziehungszieles dem Hörer gleichzeitig eine Richtschnur für sich selbst.

Sehr ist auch das Thema „Frauenkrankheiten“ verlangt. Die Vermutung, daß hier nicht nur rein körperlich-geundheitliche Orientierungsbedürfnisse vorliegen, sondern im Unterbewußtsein auch die Räte unserer Zeit, die zwischen Erotik und Sexualität liegen, ist ohne weiteres anzunehmen. Hier aber liegt das entscheidende Moment für die Umstellung veralteter Denkgewohnheiten. Hier haben unsere Ärzte, die gleichzeitig Sexualthiker sein müssen, große Aufgaben.

Wehr noch als alles andere sind in letzter Zeit wirtschaftspolitische Referate verlangt worden. Sie können selbstverständlich ganz bedeutendes für die politische Schulung der Frauen leisten. Von hier aus orientiert sich ja fast das ganze Leben. Die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Staat sind gar nicht deutlich genug zu veranschaulichen.

Ob aber der Grundsätzlichkeit nicht dienlich, wenn all diese Fragen kollektivparteilich durcheinander gewürfelt werden. Wir müssen mehr System in unsere Frauenabende hineinbringen. Man sollte sich für den Winter für ganz bestimmte Vortragsreihen entscheiden.

Will man von der Dichtkunst ausgehen, so gebe man vielleicht zwei Dichterabende, von denen man aber schon zur Novelle übergehen kann, um daran anschließend das soziale Drama auf zwei weiteren Abenden zu behandeln. Es ist Sache der Vortragenden, die weltanschauliche Grundnote des Kunstmaterials den Hörern leichtfaßlich zu veranschaulichen. Der Stoff ist dem Zweck der Pflege unserer Ideale anzupassen.

In derselben methodischen Weise sollte man die Kulturfragen, ausgehend vielleicht von der Religion, überleitend zur sozialistischen Ethik, und anregend zur Nutzenanwendung anschließen, die Erziehungsfrage in Haus, Schule und Gemeinschaft, die Kulturpolitik und sozialer Arbeit, ebenso von der Wirtschaftspolitik. Bei einer systematischen Bearbeitung der einzelnen Gebiete lassen sich Verfassung und selbstverständlicher unser Programm als Zielsetzung sehr gut mitarbeiten.

Das Frauensekretariat steht Abteilungsleiterinnen, die von obigen Vorschlägen Gebrauch machen wollen, mit Hinweisen über Themenreihen gern zur Verfügung.

Nun noch ein kurzes Wort über die Methodik der Aufklärungsarbeit selbst. Das gebundene Referat ist zwar nicht ganz zu vermeiden. Man sollte aber überall da, wo es angängig ist, die Methode der Arbeitsgemeinschaft üben, bei dem der Hörer das Ziel des Redners selbst verarbeiten muß. Das wird dadurch wesentlich erleichtert, daß bei systematischer Durcharbeitung eines Stoffes der Redner während der ganzen dazu erforderlichen Zeit, also mehrere Abende zu denselben Frauen kommen muß. Er lernt dabei ihre Sprache, ihre Denkart kennen und kann sich ihnen von einem zum anderen Male besser anpassen.

Ein sehr wichtiges Moment ist auch der Rahmen, in den die Frauenabende gefaßt werden. „Das vom Alltag“ muß die Lösung sein. Der Austausch mit einem Bilde oder einem zum Inhalt des Abends passenden Gedicht, vorgelesen von jugendlichen, wirkt auf die meist schon von der Tageslast ermüdeten Frauen wie eine geistige Erfrischung. Mit einem Lied auf den Lippen, das hinüberklingt zum nächsten Besamensein, soll man auch auseinandergehen. Der Frauenabend soll auch der Boden sein, auf dem man Solidarität übt, die über den materiellen Sinn der Solidarität des Lohnkampfes hinausgeht. Man soll auch hier, um mit Paul Steinmüller zu reden, „mit den Augen der Liebe sehen“. Dann wird eine Veranstaltung, die durch irgendeinen Umstand nicht programmäßig abläuft, trotzdem sehr gut ausfallen. Die Gemühtlichkeit, Rücksicht zu bezeugen, wird der Leiterin das seitige Zusammenleben nehmen. Sie wird den Mut haben, eventuell die Hilfe selbst auszusprechen, sei es auch nur durch Vorlesen. Das Mitbringen von Material muß eine selbstverständliche Sicherheitsmaßregel jeder Frauenabendleiterin sein. Jede Frauenabendleiterin, aber auch jede andere Genossin, müssen gemeinsam ihr Bestes zum Gelingen, zur gemeinsamen Förderung hergeben.

Minna Lodenhagen.

## 11. Verbandstag der Transportarbeiter.

### 3. Verhandlungstag.

Redakteur Dreher gibt den „Bericht über die Presse“. Hierzu liegen 19 Anträge vor. Es wird in diesen die Herausgabe einer Jugendzeitung, für die Hofenarbeiter eine besondere Beilage zum „Courier“ und ferner verlangt, daß die Zeitschriften „Straßen- und Kleinbahnverletzung“, „Post und Telegraphie“ und „Kraft- und Luftfahrer“ ihr Erscheinen einstellen sollen. Dafür soll der „Courier“ besser ausgebaut werden. Ein weiterer Antrag verurteilt die Schreibweise des „Courier“ und will mehr das einleitende, als das trennende Moment hervorgehoben werden.

Redakteur Dreher erklärt, daß die Redaktion bemüht sei, für das Verbandsorgan das Beste zu leisten. Leider werde eine umfangreiche Ausstattung durch

### die heutigen Papierpreise

fast unmöglich. Die hierauf einsehende Diskussion erstreckte sich auf zwei Anträge (Berlin und Mannheim), die den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft verlangen bzw. die Tätigkeit in dieser nur solange fortgesetzt wissen wollen, bis die durch Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung bedingten öffentlich-rechtlichen Körperschaften gebildet sind.

Vom Verbandsvorstand liegt folgende

### Entscheidung zur Frage der Arbeitsgemeinschaften

vor:

„Der 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes stellt erneut fest, daß die Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an den Arbeitsgemeinschaften keine prinzipielle, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage ist. Der Verbandstag schließt sich dem Beschlusse des 11. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands an, wonach die Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in den Arbeitsgemeinschaften und in den Körperschaften (Reichswirtschaftsrat, Außenhandelsstelle usw.) für die Arbeitsgemeinschaften das Vorschlagsrecht haben, bis auf weiteres fortzusetzen ist. Der Verbandstag hält deshalb das weitere Verbleiben des Verbandes in der Zentralarbeitsgemeinschaft für das Transport- und Verkehrsvergewerbe im Interesse der Mitglieder solange für erforderlich, bis veränderte Verhältnisse eine andere Taktik bedingen und die im Artikel 165 der Reichsverfassung festgelegten öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen für Arbeitnehmer geschaffen sind. Der Verbandstag verpflichtet die Verbandsleitung, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß den diesbezüglichen Bestimmungen der Reichsverfassung mit größtmöglicher Beschleunigung Rechnung getragen wird.“

Die Beteiligung an der Diskussion war sehr reg. Es wurde lebhaft für und gegen die Arbeitsgemeinschaften gesprochen. Von den Gegnern wurde zugeworfen, daß durch die Arbeitsgemeinschaften manche Vorteile für die Arbeiterschaft erreicht werden könnten, und von den Fürsprechern erklärt, daß es sich um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage handle.

Schumann erklärte, daß der Vorstand die Frage der Herausgabe einer Jugendzeitung prüfen werde.

Um 12 Uhr wurde eine Mittagspause beschlossen.

Nach der Pause wurde die Diskussion fortgesetzt.

In einem Schlusswort wandte Redakteur Dreher sich gegen die in der Diskussion von kommunistischer Seite gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen, insbesondere gegen die des Delegierten Walter Berlin.

Schumann trat in seinem Schlusswort für Annahme der Resolution ein. Wir sind nicht gewillt von unserer grundsätzlichen Stellung auch nur das Geringste aufzugeben. Aber wir wollen das alte Wasser nicht eher ausgießen, bis wir klares wieder haben. Schimpfen auf die Gewerkschaftsbonzen nützt nichts und ein Erfolg wird auch nicht erreicht, wenn — wie geschehen — die kommunistischen Kollegen sich das gegen uns vorzubringende Material von der KPD-Zentrale besorgen. (Zuruf: Das ist nicht geschehen! — Gegenrufe: Doch, das am Fernsprecher geführte Gespräch des Kollegen Schäfer-Königsberg ist gehört worden. — Große Unruhe.)

Hierauf wurde die Entscheidung gegen eine geringe Stimmenzahl angenommen.

Somit die vorliegenden Anträge, die bei der Vorabstimmung eine genügende Unterstützung gefunden hatten, durch Annahme der Entscheidung nicht erledigt waren, wurden sie dem Vorstand überwiesen. Dann verlegte der Vorsitzende die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch 9 Uhr.

# Wirtschaft

## Die Teuerung im Großhandel.

Ein Blick auf die Teuerungstabellen der „Frankf. St.“, die soeben für den Anfang September veröffentlicht werden, zeigt, daß die Preiswelle noch längst nicht im Abflauen begriffen ist. Schon der Juli brachte einen gewaltigen Preisrückgang, der in der Erhöhung der Großhandelspreise am Anfang August gegen Anfang September um 52,5 Proz. zum Ausdruck kam. Bis zum Anfang September haben sich jedoch die damaligen Mehrgewinne der Großhandelspreise reichlich verdoppelt. Sie stiegen von 13,835 auf 28,919. Da der Vorkriegsstand mit 100 angenommen ist, bedeutet das, daß die Großhandelspreise innerhalb eines Monats um 139,54 Proz. auf den 28,919-fachen Friedenspreis emporgeschwungen sind. Die Preise sind also annähernd mit dem Dollar gestiegen, der sich in der gleichen Zeit von 133,54 auf den 321-fachen Vorkriegsstand erhöht hat.

Innerhalb der einzelnen Warengruppen ist die Preissteigerung verschieden stark. Die Gruppe Mineralien, zu der Erze, Metalle, Kohle und Eisen gehören, hat im Durchschnitt bereits den 426-fachen Preis überschritten. Hier sind also die Warenpreise stärker verteuert als die Devisen. Das gleiche gilt für die Warengruppe Textilien und Lederwaren, deren Preise den 364-fachen Vorkriegspreis erkennen lassen. Hierzu ist zu bemerken, daß diese Ziffer wahrscheinlich noch eine Abänderung erfahren wird, da für Textilien und Leder, aber auch für einige Waren der Maschinenindustrie exakte Angaben nicht erhältlich waren und man daher auf Schätzungen angewiesen war. Nicht hinter der Teuerungslinie bleibt die Preissteigerung für Lebensmittel und Genussmittel, die den 272-fachen Vorkriegspreis erreicht haben. Dagegen bleiben industrielle Fertigwaren mit dem 193-fachen Vorkriegspreis weit hinter Dollar und durchschnittlicher Teuerung zurück — wieder ein Beweis, wie nur durch die billig „allohierte“ Arbeitskraft der Preis von Industriewaren, deren Rohstoffe übersteuert sind, noch relativ niedrig gehalten werden kann.

Da längst noch nicht alle Warenpreise dem Dollarstand in vollem Ausmaß gefolgt sind, besteht die Befürchtung, daß die Preiswelle weiter anhalten wird, wenn es nicht gelingt, der im Preise immer noch billigen Arbeitskraft als Kostenfaktor der heimischen Produktion zur Anerkennung zu verhelfen. D. h. es muß verhindert werden, daß alle Preise automatisch sich nach dem Dollar richten, und gefordert werden, daß die Preise auf Grund der tatsächlichen Erzeugungskosten festgestellt werden. Hier ist das wichtigste Tätigkeitsfeld für die Bucherbetätigung.

## Künstlich in die Höhe getriebene Preise.

Aus Hochpreisen wird uns geschriebe:

Die Preise für Bekleidungsstoffe haben in letzter Zeit eine solche Höhe erreicht, daß es einem Arbeiter oder Angestellten kaum noch möglich ist, sich die notwendigen Kleidungsstücke zu beschaffen. Die Stoffe und Futterstoffe sind seit Juli d. J. um das Vierfache und darüber gestiegen. Ein Meter Anzugstoff kostet heute schon 3000 M. und mehr. Diese furchtbare Steigerung soll angeblich durch das Steigen des Dollars notwendig geworden sein. Zugegeben, daß die Rohstoffe für die Textilindustrie aus dem Ausland beschafft werden müssen und der Stand des Dollars für die Preisfestlegung der Stoffe von Einfluß ist, so wird uns doch keine einreden wollen, daß die Fabrikanten ihre Rohstoffe eingekauft haben, als der Dollar über 2000 M. stand. Im Gegenteil, der größte Teil der Fabrikanten hat sich auf Jahre hinaus mit Rohstoffen eingedeckt. Das Bestreben der Fabrikanten in Gemeinschaft mit den Großhändlern geht dahin, die jetzige Gelegenheit dazu zu benutzen, um die Preise für Stoffe in die Höhe zu treiben, die dann beim Fallen des Dollars, wie ja bekannt, nicht mehr herunter gehen. Was hier getrieben wird, ist weiter nichts als Bucher.

Als im Fall der Dollar anfang, seine Sprünge zu machen, stellten mit einem Male die Großhändler ihre Lieferungen ein, trotzdem die Konfektionsfirmen feste Lieferungsverträge mit ihnen abgeschlossen hatten. Sie erhielten kaum noch ein Stückchen Ware geliefert, dagegen wurde ihnen aber Lagerware zu Tagespreisen in genügender Menge angeboten. Die Konfektionsfirmen waren gezwungen, wenn sie nicht ihre Betriebe wegen Mangel an Waren schließen wollten, die verlangten teuren Preise zu zahlen.

Die Großhändler schieben die Schuld auf die Fabrikanten mit dem Bemerkten, daß dieselben ihre Lieferungsverträge auch nicht einhalten. In Wirklichkeit sind sich aber beide darin einig, daß jetzt die beste Gelegenheit ist, die Preise in die Höhe zu bringen. Der Beweis ist dadurch erbracht, daß sich dieser Tage beide zusammengelehrt haben und sich darin einig wurden, daß auf die bestehenden Lieferungsverträge ein Aufschlag von 45 bis 60 Proz. bezahlt wird. Die Abnehmer, die hierbei nicht gefragt wurden, können nur dann Stoffe erhalten, wenn sie die von den beiden Körperschaften festgesetzten Aufschläge bewilligen. Dann wird auch die Ware wieder zum Vorschein kommen, die jetzt in den letzten 6 Wochen zurückgehalten wurde.

Die Regierung, die jetzt Maßnahmen ergreifen will, um die Not des Volkes zu lindern, ist verpflichtet, hier sofort einzugreifen, um diesen Bucher zu beseitigen.

Ein deutsch-polnisches Verkehrsabkommen ist in Danzig geschlossen worden. Es unterliegt noch der Bestätigung durch den Reichsverkehrsminister und den polnischen Eisenbahnminister. Die fünfzehn Uebergänge, die dem Verkehr geöffnet werden sollen, verteilen sich auf die gesamte deutsch-polnische Grenze von Ostpreußen bis Schlesien. Außerdem werden auch bestimmte Uebergänge zwischen Ost- und West-Oberschlesien dem deutsch-polnischen Verkehrsverkehr geöffnet. Mit dem Verkehrsverkehr soll sobald wie möglich begonnen werden, und zwar sobald die für die Zoll- und Zollabfertigung nötigen Einrichtungen beiderseits getroffen sein werden. Die Personen- und Güterabfertigung ist zunächst nur bis zur Landesgrenze möglich, da die schwankenden Valutaverhältnisse die Aufstellung direkter Frachtsätze und Fahrpreise zurzeit verhindern. Es wird aber dahin gestrebt, Frachtsätze im Güterverkehr in einer Summe entweder durch den Absender oder den Empfänger erfolgen zu lassen. Das Abkommen sieht direkte Abfertigung durch internationale Frachtbriefe vor, so daß eine Mittelsperson an der Grenze nicht mehr nötig sein wird. Die Frage der Eröffnung weiterer Uebergänge soll Gegenstand der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sein. Für Schlesien kommen in Frage Uebergänge Rawitz aus der Richtung Wehrle und Trachenberg und Frehan-Idunn. Damit wenigstens alsbald ein schlesischer Uebergang zur Verfügung steht, wird die Eröffnung des Ueberganges Wehrle-Trachenberg-Rawitz möglichst beschleunigt.

Im Zeichen der Kapitalnot erhöht die Aktiengesellschaft für chemische Produkte normals h. Scheidemann in Berlin ihr Grundkapital um 25 Millionen Mark, die zwar vor März 1923 nicht eingezahlt werden, aber bereits vom 1. Oktober 1921 ab Dividende bringen. Hier wird also das Kapital verewässert, um die Gewinne prozentual gering erscheinen zu lassen.

Frankfurter Herbstmesse. Vom 8. bis 14. Oktober findet in Frankfurt a. M. die Herbstmesse statt. Auch diesmal konnte nur ein Teil der Firmen, die einen Stand wünschten, aufgenommen werden, obgleich durch das „Haus der Technik“, dessen dreifache, zum Teil zweigeschossige Haupthalle fertig geworden ist, durch die Errichtung von zwei „Hauswirtschaftshallen“ und andere Erweiterungen fast 20 000 qm neuer Raum geschaffen wurden.

**Korrig. gel. med. eig. Heilung!**  
Heberus, spezialisiertes Heilverfahren: Kollagenbehandlung, elektrische Licht-Heilung, die wissenschaftlich anerkannt und glänzend bewährte **„Kollagen-Heilung“** Behandlung...  
Wird mit 4. Kollagen-Heilung allein, mit 16 Licht-Heilungen und 16 elektrischen Heilungen, die seit langem schon erprobt und bewährt ist.  
Kollagen-Heilung mit 16 elektrischen Heilungen, die seit langem schon erprobt und bewährt ist.  
Kollagen-Heilung mit 16 elektrischen Heilungen, die seit langem schon erprobt und bewährt ist.

**Theater, Lichtspiele usw.**  
**Opernhaus** 7 1/2 Uhr: **Così fan tutte**  
**Schauspielhaus** 7 1/2 Uhr: **Napoleon**  
**Deutsches Theater** 7 1/2 Uhr: **Das Glas Wasser**  
**Kammerspiele** 7 1/2 Uhr: **Die Jünglinge**  
**Gr. Schauspielhaus** 7 1/2 Uhr: **Die Büchse der Pandora**  
**Kombi-Theater** 7 1/2 Uhr: **Ein Prachtstück**  
**Central-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Bajadere**  
**Die erste Heilige**  
**Prinz Don Juan**  
**Die erste Heilige**  
**Prinz Don Juan**

**Theater des Ostens**  
**Casino-Theater**  
**Urania**  
**Internat. Varieté**  
**Berliner Prater-Th.**  
**Berliner Varieté**  
**Patente**  
**Der „Blaue Vogel“**  
**Ischiag**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Donnerstag, 7. September, abends 7 Uhr, in Altem Schützen, Ostendstraße 14/15, großer Saal:  
**Verammlung**  
der Betriebsräte und Vertrauensmänner aller d. Reichsmantelverleiher unterstehend. Betriebe  
1. Das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss. 2. Beschlußfassung.  
Holzarbeiter aus der Mittelwindmühle!

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin, Lindenstraße 85.  
Gründungsversammlung am 9. September, 4 Uhr, im großen Saal, Ostendstraße 14/15, großer Saal.  
Zweites Mittwochsabendkonzert am 8. September:  
Berliner-Verbandsmusikantenkonzerte in folgenden Kategorien:  
1. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 Uhr.  
2. Besatz: Gumbel, 4 1/2 Uhr.  
3. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
4. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
5. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
6. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
7. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
8. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
9. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
10. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
11. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
12. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
13. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
14. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
15. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
16. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
17. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
18. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
19. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.  
20. Besatz: Kasper, Weidner, Berliner, 4 1/2 Uhr.

**10 000 Mk. Erfinder**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Branchenversammlung**  
der Industrie und Gewerbe.  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Möbel**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Musikinstrumente**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Kaufgesuche**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Rechtsanwälte, Notare, etc.**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wien - Berlin**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Eigenheim-Gesellschaft**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Die Abtreibung**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Elite-Sänger**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Schlafzimmer**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wer tauscht sofort**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Schlafzimmer**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**KLEINE ANZEIGEN**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Tüchtige Kontoristinnen**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Einrichter**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Schlafzimmer**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Wer tauscht sofort**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Schlafzimmer**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**KLEINE ANZEIGEN**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Tüchtige Kontoristinnen**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

**Einrichter**  
Kauf Erfindung, die die Welt verändert.

## Progressive Amüsiersteuer.

Das Preussische Ministerium des Innern hat eine Verfügung erlassen, die den übermäßigen Konsum in den Gasthäusern, Diskotheken, Bars usw. der über das jeweilige von den Ortsbehörden festgesetzte Höchstmaß hinausgeht, durch eine gestaffelte Steuer zu messen und die aus dieser Steuer eingehenden Gelder für die Förderung der Lebensmittelversorgung der unbemittelten Bevölkerung zu verwenden.

In der Verordnung heißt es:  
Wir empfehlen den Städten, insbesondere dringender mit mehr als 100 000 Einwohnern und bei Bedarf, Kurorten usw., die Einführung einer progressiven Steuernbestimmung, durch die der übermäßige Verzehr in Gast- und Schenkwirtschaften usw. einer schärferen Abgabe unterworfen wird. Die Erträge dieser Abgabe sind der Lebensmittelversorgung der unbemittelten Bevölkerung dienlich zu machen. Es empfiehlt sich, vorzugsweise steuerpflichtige Veranstaltungen in Diskotheken, Bars, Kabarett, Konzertcafés und ähnlichen Stätten, die im wesentlichen der Gewinnerzielung aus der Verabreichung von Speisen, Getränken usw. dienen, in vorerwähnter Höhe zur Vergütung der Steuer heranzuziehen. Für Veranstaltungen der bezeichneten Art wird die Kreisbescheid vom 20. Dezember 1921, wonach Steuerbefreiung, wie das Doppelte der reichsrechtlichen Mindesthöhe überschreiten, erst nach vorheriger Berichterstattung an uns genehmigt werden darf, wodurch aufgehoben.

Im Anschluß wird gleich ein Muster zu einer solchen kommunalen Steuerordnung mitgeteilt. Es bleibt den Gemeinden unbenommen, Einzelheiten der Ordnung, z. B. die Kontrollvorschriften, anders zu gestalten oder auszuheben. Der steuerfrei bleibende Höchstbetrag für die einzelnen Arten des Verzehrs (Frühstück, Mittagessen, Nachmittags-, Abendessen) kann verschieden festgesetzt werden. Auch eine Abstufung nach den Arten der Gast- und Schenkwirtschaften kann in Frage kommen.

Als einmalige Bemessung gelten an demselben Tage wiederholte Bemessungen desselben Verzehrs, wenn anzunehmen ist, daß die Unterbrechung des Verzehrs lediglich in der Absicht der Steuerumgehung stattgefunden hat.

Der für einmalige Bemessung und eine Person steuerfrei bleibende Höchstbetrag wird vom Gemeindevorstand erstmalig bei Verkündung dieser Steuerordnung festgesetzt und bekannt gemacht. Der Gemeindevorstand prüft in angemessenen Zeitabschnitten nach, ob der Höchstbetrag nach den Verhältnissen entspricht, und legt ihn nötigenfalls anderweit fest.

Die Steuer beträgt, wenn die Rechnung für eine einmalige Bemessung und für eine Person den Höchstbetrag

- a) um ein Viertel oder weniger übersteigt, 50 Proz.
- b) um mehr als ein Viertel bis zur Hälfte übersteigt, 75 Proz.
- c) um mehr als die Hälfte übersteigt, 100 Proz.

des übersteigenden Betrages.  
Der Betriebsunternehmer (Gastwirt usw.) haftet für den Eingang der Steuer. Er hat sie vom Verzehr einzubehalten und innerhalb einer vom Gemeindevorstand zu bestimmenden Frist an die Gemeindefiskus abzuführen. Verweigert der Verzehr die Entrichtung der Steuer, so hat der Betriebsunternehmer dem Gemeindevorstand unter Vorhaftmachung des Verzehrs und unter Angabe des geschuldeten Steuerbetrags davon Anzeige zu erstatten. Der Verzehr ist in diesem Falle verpflichtet, dem Betriebsunternehmer seinen Namen und Wohnort anzugeben. Der Betriebsunternehmer hat für jede Bemessung eine Rechnung mit Tagesdatum auszustellen und auf ihr gesondert neben dem Rechnungsbetrag den Steuerbetrag zu vermerken. Eine Durchschrift der Rechnung muß er aufbewahren und bei Abführung der Steuer an die Gemeindefiskus vorlegen. Der Gemeindevorstand kann die Durchführung dieser Steuer durch seine Beamten nachprüfen lassen und der Betriebsunternehmer muß diesen Beamten Zutritt zu dem Betrieb und den Geschäftsräumen gewähren und ihnen die erforderlichen Auskünfte erteilen. Der Versuch der Steuerhinterziehung durch unrichtige Frageantwortung oder unrichtige und unvollständige Angaben bei der Begründung eines Einspruchs wird mit dem vier- bis zehnfachen Betrage der erfolgten oder beabsichtigten Verzögerung bestraft.

Der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes weiß, wie die „Münchener Zeitung“ meldet, gegenwärtig in München, wo er eine Besprechung im Justizministerium hatte. Es soll sich um die Durchführung eines Spezialgesetzes in Anwendung der Schutzgesetze für die Republik handeln.

Sehe, auch bei umfassenderem Schulunterricht, sich nicht weiter ausbreiten; demnach wird auch in dem „Irishen Freistaat“ das Englische die Hauptsprache sein.

Die alte irische Literatur ist nicht nur an sich von hohem Interesse, sondern noch mehr durch ihre Einwirkung auf die altfranzösische und damit auch die mittelhochdeutsche Literatur (hauptsächlich der Sagenkreis von König Arthur und seiner Tafelrunde). Es sei noch bemerkt, daß Irisch in einer besonderen, teilweise aus dem lateinischen Alphabet umgebildeten Schrift geschrieben wird.

Hohenjoller-Autogramme. Im „Hörtenblatt“ für den deutschen Buchhandel vom 2. September kündigt der Verlag Gerhard Stalling in Oldenburg das Erscheinen eines Buches an: „Erstes Garde-Regiment zu Fuß“. Bearbeiter dieses Buches „nach den sämtlichen Kriegstagebüchern und persönlichen Beziehungen“ ist — bitte Hände an die Hofmann! — Prinz Eitel Friedrich von Preußen. Von diesem Wert, das in der „gewöhnlichen Ausgabe“ etwa 150 Mk. kosten soll, erscheint selbstverständlich auch eine „Luxus-Ausgabe“, 140 Exemplare „auf bestem Hadernpapier in Halbleder“. Die Exemplare Nr. 31 bis 140 werden für je 1000 Mk. angeboten. Dagegen sollen die Exemplare Nr. 1 bis 30 je 1500 Mk. kosten.

Aber der deutsche Patriot, der sich eines dieser 30 Exemplare 500 Mark mehr kosten läßt, weiß auch, was er dafür erhält: Jedes dieser 30 Exemplare enthält nämlich eine „eigenhändige Namenschrift des Prinzen!“

Ich bin in monarchischen Gefühlen und Worten nicht hinreichend hemmend, um maßgebend beurteilen zu können, ob diese Einschätzung der prinzipiellen Unterwürigkeit mit 500 Mk. eine erfreuliche Rundgebung patriarchalen Geistes ist oder ob darin eine doch schon stark republikanisch infizierte Minderbewertung der prinzipiellen Unterwürigkeit liegt. Wenn ich nicht irre, werden den Bauern von Oberammergau für ihre Unterschriften auf Postkarten Beiträge gezahlt, die in die Tausende gehen. Auch für Autogramme des Raubmörders Großmann werden von eifrigen Sammlern erhebliche Beträge geboten. Es besteht also immerhin die Möglichkeit, daß das stinkende Aurenreue der Kronen, Thronstempel und ähnlicher monarchischer Wertgegenstände sich auch auf die Unterschriften erstreckt und daß der selbe Prinz Eitel Friedrich, der gewiß kein schlechterer Geschäftsmann ist als sein Vater, die Konjunktur doch ganz richtig beurteilt hat, wenn er lieber 30 Unterschriften für insgesamt 15 000 Mark als gar nicht an den Mann bringt.

Nachschulabsolventen an den preussischen Technischen Hochschulen. Durch Verordnung des preussischen Staatsministeriums ist die von vielen Seiten seit langem geforderte Möglichkeit des Uebergangs von Nachschulabsolventen auf die Technischen Hochschulen geschaffen worden. Es muß aber eine ausgedehnte sachliche Beschäftigung nachgewiesen werden, die von einem Dozenten der Technischen Hochschule und einem Hochschullehrer festgestellt sein muß. Außerdem muß eine besondere Stellung abgelehnt werden. Die Zahl und die Bedingungen der Hochschulen, von denen der Uebergang möglich ist, sollen bestimmt werden. Im ersten Sinne kommen die Höheren Real- und Bauerschulen in Betracht.

In der Volkshalle erlangt Ernst Lohse, „Malle Meise“ am Freitag um 7½ Uhr zur Aufführung. In den Konzerten spielen die Mitglieder der „Schwabenmusik“ unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Dietrich-Sonne. Hertha und Kler-Ramenslofer.

Der Vortragabend neuer russischer Musik (Reinhold Kuhn) muß auf Freitag, den 15. Sept., abends 8 Uhr, ins „Lieders-Treffen“ verlegt werden.

# Beschlüsse der Ernährungsminister.

Hamburg, 5. September. (WIB.) Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, die hier Montag und Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsministers Freitag, hat sich in eingehenden Verhandlungen mit der gesamten Ernährungsfrage und den durch das Exportverbot der Weizen, Getreide, Getreideerzeugnisse, insbesondere Weizen, in Deutschland nach dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete noch weniger als früher genügend Nahrungsmittel erzeugt werden können und Deutschland auf diesen Gebieten, so namentlich auf dem Gebiete der Versorgung mit Brotgetreide, Futtermitteln und Fetten in hohem Maße auf Einfuhr angewiesen ist, kann eine wirkliche Besserung hinsichtlich des Standes der Ernährung wie hinsichtlich der Preise bei dem heutigen Stande der Produktion nicht ohne Verringerung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands eintreten. Voraussetzung hierzu ist in erster Linie die Bekämpfung Deutschlands von dem Druck übermäßiger Bar- und Sachlieferungen an die Entente. Diese Tatsache muß man sich gegenwärtig halten, um zu beurteilen, welche große Schwierigkeiten zu überwinden sind, um eine Besserung der Ernährung und der Preisbildung durch geeignete Maßnahmen herbeizuführen. Ferner muß man sich gegenwärtig halten, daß es der Mitarbeit aller Bevölkerungskreise bedarf, um die zu treffenden Maßnahmen wirkungsvoll zu gestalten.

Die Lage der Ernährung und Preisentwicklung für die Nahrungsmittel wird im wesentlichen bestimmt durch die allgemeine Wirtschaftslage und den Stand der Produktion. Da in Deutschland nach dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete noch weniger als früher genügend Nahrungsmittel erzeugt werden können und Deutschland auf diesen Gebieten, so namentlich auf dem Gebiete der Versorgung mit Brotgetreide, Futtermitteln und Fetten in hohem Maße auf Einfuhr angewiesen ist, kann eine wirkliche Besserung hinsichtlich des Standes der Ernährung wie hinsichtlich der Preise bei dem heutigen Stande der Produktion nicht ohne Verringerung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands eintreten. Voraussetzung hierzu ist in erster Linie die Bekämpfung Deutschlands von dem Druck übermäßiger Bar- und Sachlieferungen an die Entente. Diese Tatsache muß man sich gegenwärtig halten, um zu beurteilen, welche große Schwierigkeiten zu überwinden sind, um eine Besserung der Ernährung und der Preisbildung durch geeignete Maßnahmen herbeizuführen. Ferner muß man sich gegenwärtig halten, daß es der Mitarbeit aller Bevölkerungskreise bedarf, um die zu treffenden Maßnahmen wirkungsvoll zu gestalten.

Die Möglichkeit zu grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftslage liegt in der Hand der mit der Ernährungsfürsorge betrauten Stellen, so ist doch die Ministerkonferenz einmütig der Überzeugung, daß alle Maßnahmen getroffen werden müssen, die auf eine sparsame und zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel im Inlande Einfluß haben können und daß auch auf eine erträgliche Preisgestaltung hingewirkt werden muß. Sie spricht sich daher für ein Verbot der Herstellung von Stärke und im übrigen für eine Einschränkung der Bierherstellung aus, um

## Die Bombe im Börsensaal.

### Ein nationalsozialistisches Attentat.

Mannheim, 5. September. (WIB.) Ein Handgranatenanschlag wurde heute nachmittags 2.15 Uhr in dem auf den sogenannten Planken gelegenen Börsengebäude verübt. Ein junger Mann, der sich längere Zeit in dem Hausflur aufgehalten hatte, warf eine Handgranate in den Börsensaal. Da die Börse schon geschlossen war und sich infolgedessen niemand mehr in dem Saal befand, ist durch die Explosion der Bombe niemand verletzt worden, doch wurde ein ziemlich großer Gebäudeschaden angerichtet. Der Täter wurde sofort von Polizeibeamten verfolgt und festgenommen. Es ist der Nationalsozialist Paul Janson, der in der nationalsozialistischen Bewegung Mannheims eine Rolle spielt. Bisherig gelang es, durch diese Verhaftung auch die Täter zu ermitteln, die am 4. Juli d. J. das unter ähnlichen Umständen ausgeführte Bombenattentat auf das Mannheimer Gewerkschaftshaus verübten.

## Der Kampf um die Uberschichten.

Essen, 5. September. (WIB.) Infolge unerbittlicher Einkünfte ist die Durchführung des am 24. August in Berlin abgeschlossenen Uberschichtenabkommens für den Ruhrbergbau auf einigen Stellen verzögert worden, doch besteht die Hoffnung, daß im Laufe dieser Woche die noch bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden. Die Kommunisten und die Arbeiter-Union berufen für den 7. September eine Betriebsrätekonferenz ein, die sich mit dem Uberschichtenabkommen beschäftigen soll. Die freien Gewerkschaften im Bergbau wenden sich in einem Aufruf gegen diese Absichten. Infolge der mif-verständlichen Fassung der Vereinbarung bezüglich des Lohnabkommens für den Ruhrbergbau war unter den Bergleuten verschiedener Zechen erhebliche Unruhe entstanden. Inzwischen haben Vertreter der Bergarbeiter durch Klarstellung des Lohnabkommens in der Presse dazu beigetragen, diese Unruhe, die teilweise sogar zu Streiks geführt hatte, zu dämpfen.

## Gegen polnische Gebietsforderungen.

### Eine deutsche Note.

Der deutsche Vertreter bei der oberschlesischen Grenzkommission hat dem Präsidenten dieser Kommission eine Note überreicht, die klar zum Ausdruck bringt, daß weitere Grenzfortsetzungen nach dem Friedensvertrag unzulässig sind. Durch ein Entgegenkommen an die polnischen Wünsche würden die Grundlagen der mit Polen geschlossenen Verträge vom 15. Mai, 15. Juni und 22. Juni d. J. erschüttert werden. Darum habe die deutsche Regierung ihren Vertreter bei der Grenzkommission zwar bevollmächtigt, an der Grenzbereitstellung teilzunehmen, jedoch unter der Voraussetzung, daß sich die Tätigkeit der Kommission auf lokale Ergänzungen der Demarkationslinie beschränkt, durch welche die durch diese Linie geschaffenen wirtschaftlichen Grundlagen in keiner Weise abgeändert werden.

## Marcel Sembat gestorben.

Aus Paris kommt die betrübende Nachricht, daß der sozialistische Pariser Abgeordnete Marcel Sembat im Alpenkurort Chamony (Savoie) plötzlich gestorben ist. Mit ihm hat die französische sozialistische Partei und die französische Arbeiterklasse überhaupt einen schmerzlichen Verlust erlitten, dessen Bedeutung zu würdigen wir uns vorbehalten.

## Internationale Verständigung über Kali.

Zwischen dem deutschen und dem französischen Kalilieferanten haben Verhandlungen stattgefunden, die, wie der „Soj. Parlamentsdienst“ zuverlässig meldet, soeben zum Abschluß gekommen sind. Der Zweck des Abkommens ist die Befestigung der Konkurrenz zwischen der deutschen und der schlesischen Kalilieferanten, insbesondere auf dem östlichen Markt, wo sich bisher diese beiden Gruppen in scharfer Konkurrenz gegenüberstanden haben. Für die deutsche Volkswirtschaft ist das Abkommen insofern von Bedeutung, als durch diese Verständigung das frühere deutsche Kalimonopol, das durch die Abkantung des Kalis durchbrochen war, in der Form der deutsch-französischen Kalilieferantenvereinigung wiederhergestellt ist.

die dadurch frei werdenden Mengen der Herstellung von Nahrungsmitteln zuzuführen. Sie hält es für notwendig, daß die Verwendung von Inlandszucker für die Herstellung von Brauwasser und Schokolade und Süßigkeiten standes werden wird. Sie hält es weiter für notwendig, in dem demnächst beginnenden neuen Zuckerwirtschaftsjahr Maßnahmen dahin zu treffen, daß der inländische Zucker in erster Linie der Bevölkerung zum Mundgebrauch zugeführt wird und daß seine industrielle Verwendung nur insoweit zugelassen wird, als der unmittelbare Bedarf der Bevölkerung gesichert ist.

Sinsichtlich der

### Kartoffelernte

lauten die Berichte aus den verschiedenen Ländern übereinstimmend günstig. Die Konferenz empfiehlt, auf dem bereits beschrittenen Wege des Abflusses von Lieferungsverträgen fortzufahren. Angesichts der gegenwärtigen Lage glaube sie, daß ein behördliches Eingreifen zwecks Besserung der Preisbildung zur Zeit nicht erforderlich ist und erwartet, daß sich die Preise in den Grenzen halten, die für die Verbraucher erträglich sind.

Auf dem Gebiet der

### Broterzeugung

muß die Umlage in ihrer gesetzlich festgelegten Höhe durchgeführt werden. Die Konferenz empfiehlt sich dabei nicht der Tatsache, daß bei der Festsetzung der Preise für das Umlagegetreide der Entwicklung der Geldentwertung und den jetzigen Produktionskosten Rechnung getragen werden muß.

Von den Strafsanktionen muß unaufschieblich Gebrauch gemacht werden gegen die, die andere auffordern, sich der Ablieferung der Umlage zu widersetzen.

Die Konferenz verweist auch auf das Verbot der Verfüllung von Brotgetreide, dessen Durchführung zu überwachen ist. Sie empfiehlt weiter eine Prüfung, ob durch eine allgemeine Herabsetzung des Ausmaßes für freies Getreide Ersparnisse gemacht werden können.

Die Konferenz der Ernährungsminister hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß zur Unterstützung der Sozialrentner und Kleinrentner Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden sind. Sie hält es aber für notwendig, darüber hinaus helfend einzugreifen. Im Rahmen dieser Maßnahmen wird auch die Ausgestaltung der Kinderleistungen, der öffentlichen Speisungen und Abgabe von Lebensmitteln an besonders Bedürftige zu ermäßigten Preisen geprüft werden müssen.

## England und die Garantien.

Sir John Bradbury hat in London die bemerkenswerte Erklärung abgegeben, daß die Frage einer britischen Beihilfe zur Stellung der Garantien Deutschlands für die Schahwechsel an Belgien erörtert werden wird, wenn die britische Hilfe von der belgischen und der deutschen Regierung erbeten werde. Man kann ohne große Mühe die Einladung herauslesen, es zu tun, und man hört schon die Behauptung, daß das erste Drittel von England garantiert werden solle, das zweite vom deutschen Bankkapital und das dritte durch Reservierung — nicht Fortbringung — eines Teils des Reichsbankgoldes; dies würde natürlich eine Verminderung des verfügbaren Goldbestandes bedeuten und könnte von der Weltfinanz dementsprechend beurteilt, also in weitere Wertentwertung umgewandelt werden.

Eine Bestärkung der Beziehungen von stärkerer Intensität der Vereinigten Staaten-Regierung würde — wenn sie richtig ist — die Rettung der Pariser „Chicago Tribune“ sein, wonach der offiziöse amerikanische Vertreter in der Reparationskommission, Bonden, der sich seit mehreren Monaten in den Vereinigten Staaten aufhält, am 13. September nach Frankreich zurückreisen werde.

## Trade-Unions und Reparation.

London, 5. September. (WIB.) In der heutigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Southport wurden verschiedene Resolutionen erörtert, die die Reparationskrise und die internationalen Fragen betreffen. Es wurde eine von Thomas eingebrachte Entschließung angenommen, worin es bezüglich der Reparationskrise heißt:

Die Konferenz, auf der über 5 Millionen organisierte britische Arbeiter vertreten sind, erkennt an, daß die Entscheidung der Reparationskommission für das deutsche Volk einen zeitweiligen Aufschub der unmöglichen Lasten gesichert habe, die ihm von den alliierten Regierungen auferlegt wurden. Die Konferenz hofft, daß diese Krise dazu gebient haben werde, die dringende Notwendigkeit einer sofortigen und endgültigen Regelung des Reparationsproblems nachdrücklich vor Augen zu führen. In der Entscheidung wird dem Plan der internationalen Arbeit zur Wiederherstellung der vertriebenen Gebiete erneut zugestimmt und erklärt, daß kein Plan für die Wiederherstellung Europas möglich sei, wenn nicht die Befreiung der Rheinlande und die Politik der Gewalt aufgegeben würden. Es müsse eine angemessene Frist und Erleichterung für die Zahlungen gewährt werden. Die deutsche Industrie dürfe nicht erdrückt werden, wenn Frankreich und Belgien wiederhergestellt werden sollten. Die deutschen Verpflichtungen müßten auf eine vernünftige Grundlage gebracht werden.

Die Arbeitslosigkeit behandelnd, erklärte Thomas, alle müßten anerkennen, daß die anderen Fragen, damit verglichen, durchaus bedeutungslos seien. Keine Frage stehe in so engem Zusammenhang mit dem Arbeitslosenproblem, wie die der internationalen Schwierigkeiten. Er führte aus: Unsere Erklärung hat bewiesen, daß im gegenwärtigen Augenblick nicht Deutschland, sondern der britische Arbeiter bejahen. Thomas forderte den Kongress auf, der britischen Regierung zu erklären, daß, wenn auch Amerika die englischen Schulden nicht freizugehen wolle, England doch bereit sei, die Schulden zu freizugehen, von denen es vollkommen wisse, daß sie niemals zurückgezahlt werden könnten. Diese Schuld mache es, indem sie über dem Haupt der Nationen schwebt, diesen unmöglich, ihre Währungen auf einer angemessenen Höhe zu halten.

Dorische Bauernjäger. Das Dorienblatt „Athenischer Herold“ hatte kürzlich einen Aufsatz des Schriftführers der Apothekervereinigung, Pemp, gegen den Berliner „Vorwärts“ ohne jede Quellenangabe aus einem Zentrumsblatt entnommen, um den selben vorzutauschen, die Apothekervereinigung sei in seinem Lager. Die „Köln. Ztg.“ stellt dies abschließend fest, nachdem der Schriftführer der Apothekervereinigung ihr mitgeteilt hat, daß er dem Dorienblatt den in Frage kommenden Aufsatz nicht habe zugehen lassen.

Die Griechen haben Drussa verloren. Die Angaratürken stehen bald Konstantinopel gegenüber. England regt mit Frankreich und Italien an, einen Waffenstillstand herbeizuführen.

Jagat Pascha, der Ägypterführer, wird als englischer Gefangener nach Gibraltar übergeführt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Generalversammlung der Betriebsräte.

In Allems Festsaal tagte gestern Abend die Generalversammlung der Berliner Betriebsräte, die von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale einberufen war. Auf der Tagesordnung stand das Thema „Lenkung und Arbeitsprogramm“. Von der Opposition, die bekanntlich kürzlich durch Einberufung einer selbständigen Betriebsräteversammlung einen Vorstoß unternommen hatte, wurde vor Eintritt in die Tagesordnung die Stellung eines Korrespondenten aus ihren Reihen beantragt, der auch von der Versammlung, trotz des Hinweises des Vorsitzenden auf die unbeschränkte Redefreiheit, mit knapper Majorität zugestimmt wurde.

Dann nahm der frühere Volksbeauftragte Emil Barth das Wort zu seinem Referat. Er war noch nicht über die einleitenden Sätze hinausgekommen, in denen er darauf hinwies, daß es von dem ordnungsgemäßen Verlauf dieser Generalversammlung abhängen werde, ob die Betriebsräte künftighin noch als Faktor der Arbeiterschaft angesehen werden dürften, als es am Saaleingang zu einem Zwischenfall kam, der den Referenten lange Zeit in seiner Rede unterbrach. Vor der Tür hatte sich eine größere Anzahl von Arbeitern, anscheinend Anhänger der Opposition, angesammelt und diese verlockten, nachdem ihnen der Eintritt verweigert war, mit Gewalt in den Saal einzudringen. Es kam zu Pörmchen, doch konnten schließlich die Türen geschlossen und die bereits Eindringenden zum Verlassen des Saales bemangelt werden.

Der Redner wandte sich dann in scharfen Ausführungen gegen das Vorgehen der 15 Betriebsräte, die die sogenannte Vollversammlung einberufen und einen Kontrollausschuß eingesetzt hatten. Wer dem Proletariat dienen wolle, dürfe nicht mit solchen Kompetenzstreitigkeiten Entfaltung eines Bürgerkrieges hervorrufen. Ein skrupelloser Verbrechen sei es, daß sogar Mitglieder des Zentral- und Vollrats dieses Theaterspiel mitspielen. Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale lehne es ab, eine wirtschaftliche oder politische Kampforganisation zu sein. Barth beschäftigte sich dann mit den Vorschlägen des ADB, der Kommunisten und der sogenannten Vollversammlung der Betriebsräte zur Bekämpfung der Lenkung. Die Vorschläge der Gewerkschaften bezeichnete er als widerprüchlich und unzulänglich, die der Kommunisten als oberflächlich und propagandistisch und den „Offenen Brief“ als ein Produkt von viel Gefühl und wenig Verstand. Besonders scharf wandte er sich gegen die einzelnen Forderungen des Briefes, namentlich gegen das Verlangen, daß die Betriebsräte das Wort- und Geschäftsgeheimnis durchbrechen sollten. Eine solche Forderung sei ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und an den Betriebsräten insbesondere. Ebenso bodenlos und verantwortungslos sei die Forderung, mit den Betriebsräten in die Verwaltung einzudringen. Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale lehne es ab, die Funktionen politischer Arbeiterräte zu erfüllen und sich einen Kontrollausschuß auf die Nase setzen zu lassen. Hieraus folgte eine längere Diskussion, die bei Schluß des Abends noch andauerte.

### Die Gewerkschaftsschule.

Die Gewerkschaftskommission Berlins und das Ortskartell des AKB-Bundes haben auch für das bevorstehende Winterhalbjahr die richtigen Vorkehrungen zur Fortbildung der Funktionäre wie aller Gewerkschafter, insbesondere aber der jungen getroffen. Die Gewerkschaftsschule will die Angestellten und Beamten der freien Gewerkschaften Berlins für ihre täglich neue Anpassung fordernde Kleinarbeit schulen; sie will ihnen darüber hinaus den Blick weiten für die großen Fragen und die Zusammenhänge der Wirtschaft.

Die Gewerkschaftsschule will die ehrenamtlichen Funktionäre der Gewerkschaften mit ihren besonderen Aufgaben bekannt machen; insbesondere soll in diesem Unterrichtsabschnitt das Wesen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik eingehend besprochen werden.

Die Gewerkschaftsschule gibt aber auch der Verantwortung Ausdruck, die uns der Zukunft gegenüber befeht. Auf die Schulung des gewerkschaftlichen Nachwuchses wird erhöhte Mühe verwandt. Die Jungkollegenchaft soll mit den Fragen des Sozialismus, mit dem Begriff und Wesen der Wirtschaft — insbesondere unseres kapitalistischen Zeitalters — und mit den Gesetzen und Verordnungen des Jugendrechtes vertraut gemacht werden.

Die Kurse sind in drei Gruppen geteilt, und zwar in solche für Gewerkschaftsangestellte, für Funktionäre, die im Betrieb stehen, und für Jugendliche. Für jede Gruppe werden mehrere Materien behandelt. Die Kurse beginnen am 10., 11. und 12. Oktober.

### Annahme oder Streik?

#### Die Angestelltenforderungen in der Metallindustrie.

In einer überfüllten Afa-Funktionärversammlung, die am 4. September stattfand, nahmen die Funktionäre der Groß-Berliner Metallindustrie den Bericht über die am 2. September nochmals mit dem Verband Berliner Metall-Industrieller geführten Verhandlungen entgegen.

Fritz Schmidt vom F. d. M. berichtete eingehend über alle Einzelheiten und legte ausführlich die Gründe dar, die alle an den Verhandlungen beteiligten Gewerkschaftsvertreter veranlaßten, nachstehendes Ergebnis zur Annahme zu empfehlen:

1. Das Tarifgehalt für den Monat August 1922 wird dahin bestimmt, daß zu dem zuletzt gültigen Grundgehalt ein Feuerungszuschlag von 280 Proz. tritt. Der gleiche Feuerungszuschlag tritt zu dem auf 200 M. festgesetzten Grundbetrag der Familienzulage.

2. Das Tarifgehalt für den Monat September 1922 wird dahin bestimmt, daß zu dem zuletzt gültigen Grundgehalt ein Feuerungszuschlag von 450 Proz. tritt. Die Familienzulage behält für den Monat September die gleiche Höhe, die sie gemäß Ziffer 1 für den Monat August hatte.

3. Den Angestellten wird bis zum 15. September 1922 außer der vom BMB. bereits beschlossenen Monatszahlung eine weitere Monatszahlung in gleicher Höhe geleistet (83 1/2 Proz. des Netto-Juli-Einkommens, aufgerundet auf volle 600 M.). Die Endabrechnung des August-Behaltes sowie des September-Behaltes und Auszahlung des Restbetrages unter Verrechnung der Monatszahlungen findet mit der Gehaltszahlung Ende September 1922 statt.

An der dem Bericht folgenden erschöpfenden Debatte wurde das Ergebnis als ungenügend bezeichnet und in der Abstimmung mit großer Majorität abgelehnt. Es wurde ferner beschlossen, nach Aufforderung durch das Ortskartell Groß-Berlin des Afa-Bundes eine Urabstimmung in allen Betrieben mit der Fragestellung: „Annahme oder Streik?“ durchzuführen.

Die Urabstimmung hat am Donnerstag, den 7. September 1922, in allen Betrieben zu erfolgen. Alle kaufmännischen und technischen Angestellten mit Ausnahme der Vermeister haben getrennt abzustimmen. Die Stimmmittel, welche diesmal nicht vom Ortskartell Groß-Berlin des Afa-Bundes ausgegeben werden, dürfen nur das Wort „Annahme“ oder „Streik“ enthalten. Von der Abstimmung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von je einem Funktionär des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und des Zentralverbandes der Angestellten unterschrieben werden muß. Das Protokoll muß enthalten den Namen der Firma, die Belegschaftsziffer, die Zahl der kaufmännischen Angestellten für „Annahme“, die Zahl der kaufmännischen Angestellten für „Streik“, die Zahl der technischen Angestellten für „Annahme“, die Zahl der technischen Angestellten für „Streik“. Die Protokolle sind sofort mittels „Körperschloß-Priefes“ (Wort 5 M.) oder durch Stenogramm dem Ortskartell Groß-Berlin des Afa-Bundes, Berlin N. 89, Reinholdstraße 118, II, zu übermitteln und müssen bis spätestens Freitag, den 8. September 1922, vormittags 9 Uhr, dort sein. Sämtliche Mitglieder der Tarifkommission (Metall) versammeln sich zur Feststellung des Gesamtabstimmungsergebnisses am Freitag, den 8. September 1922, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaal des Ortskartells.

Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

### Das Züchtigungsrecht des Lehrherrn.

Ueber die Bedeutung des Lehrvertrages und die Konsequenzen, die sich aus ihm herleiten lassen, herrschen noch hier und da merkwürdige Auffassungen. Vor dem Gewerbegericht hatte sich die Inhaberin eines hiesigen Puhgeschäfts zu verantworten, weil sie in falscher Auslegung des Lehrvertrages ein Lehrling geächtet hatte. Sie schlug die Kleine ins Gesicht und hinter den Kopf, so daß der Haarschmuck des Mädchens dabei zerbrach. Vor Gericht vertrat sie die Meinung, daß auf sie als Lehrherrin für die Zeit des Lehrverhältnisses das Züchtigungsrecht des Vaters übergegangen sei; „um so mehr“, fügte sie hinzu, „als der Vater das Mädchen unter aller Kanone erzieht.“ Der Vorsitzende, der diese Ausdrucksweise scharf rügte, sah sich genötigt, der Beklagten ein Privatstimmum über die Rechte des Lehrherrn zu halten, zu denen der Uebergang der väterlichen Gewalt keinesfalls gehören könne; der Lehrvertrag sei nicht, wie das Auffassung der Beklagten sei, ein Erziehungsvertrag. Das Gericht sprach der Klägerin den Restlohn zu, den zu zahlen die Geschäftsinhaberin sich geweigert hatte, und verurteilte die Beklagte zur Abgeltung des dem Lehrling durch den Abgang aus dem Geschäft entgangenen Urlaubs.

### Wie das Betriebsrätegesetz umgangen wird.

Dem Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Nach § 81 VAG. darf die Einstellung eines Arbeitnehmers nicht von seiner politischen, konfessionellen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder von der Jugendhörigkeit oder Nichtjugendhörigkeit zu

einem entsprechenden Verein abhängig gemacht werden. Das Gegenstück geschieht bei der Zigarettenfabrik J. Garbaly, Carlsw., wo in letzter Zeit besonders darauf geachtet wird, nur katholische und vor allen Dingen nicht gewerkschaftlich organisierte Angestellte einzustellen. Der Personalchef, Herr Cadembach, ein früherer Offizier, Mitglied der monarchistischen Nordorganisation „Bund der Aufrechten“, kann es nicht unterlassen, die Bewerber nach ihrer Organisationszugehörigkeit zu fragen, wobei Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten regelmäßig abgewiesen werden. Wir möchten der Firma, besonders dem „aufrechten“ Personalchef dringend empfehlen, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, sonst müßten wir uns an anderer Stelle mit seiner Praxis beschäftigen.

### Eine Arbeiterakademie in Japan.

Der Begründer und jetzige ehrenamtliche Vorsitzende der Juak Kai, des Japanischen Gewerkschaftsbundes, Suzuki, gründete kürzlich ein größeres Institut, das nur der Fortbildung der Arbeiter dienen soll. Es wird von den verschiedensten Arbeiterorganisationen, in der Hauptsache aber von Privaten, unterhalten.

Das in der Hauptstadt Tokio errichtete Institut zerfällt in fünf Abteilungen:

1. Bildungsabteilung, bestehend aus einer Arbeiterschule sowie aus verschiedenen Internatatskursen, Arbeiterbibliothek und Arbeitermuseum.

2. Vortragsabteilung zur Veranlassung der Vorträge und sonstiger Druckschriften über soziale Fragen; Schaffung brieflicher Unterrichtsbriefe, Errichtung eines Buchklubs für die einschlägige Literatur.

3. Erhebungen: Diese Abteilung soll alle Arten von Untersuchungen, die mit der Arbeiterfrage zusammenhängen, vornehmen, Statistiken bearbeiten, die Ergebnisse ihrer Forschungen veröffentlichen usw.

4. Beratung der Arbeiter, besonders bei der Gründung und dem Ausbau ihrer gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen.

5. Rechtsabteilung zur Erteilung von Rechtsauskünften aller Art.

Die Arbeiterakademie begann ihre Tätigkeit im September 1921 mit 160 Schülern zwischen 19 und 60 Jahren. Der Schulplan umfaßt u. a. Wirtschaftskunde, Betriebsleitung, Rechtsprechung, Arbeitererziehung, Psychologie, Volkswirtschaft, Gesellschaftskunde, soziale Theorien, Geschichte der Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsfragen.

Das neue Institut, das als die Japanische Arbeiterakademie bezeichnet werden kann, gibt ein eigenes Organ, „Kodo Gaku Ho“, heraus.

### Wien ohne Zeitungen.

Wien, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Da die heute nachmittag geführten Verhandlungen der weit unter den anderen Arbeitern bezahlten Buchdrucker mit den Unternehmern ergebnislos verlaufen sind, erscheinen auch morgen früh keine Zeitungen. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist durch den Streik gleichfalls stillgelegt.

Anlässlich des Streiks im Fleischerhandwerk haben sich, wie das Nachrichtenamt der Stadt Wien mitteilt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an den Oberbürgermeister um Vermittlung gewandt. Die Verhandlungen haben bereits begonnen.

Der August-Behaltszettel für die Angestellten des Berliner Einzelhandels ist gedruckt erschienen und im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SW 61, West-Allianz-Str. 7/10, erhältlich.

Textilarbeiterstreik im Hirschberger Tal. Die Arbeiter in den Textilfabriken des Hirschberger Tales sind wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Kaufmännische und technische Kanakerei im Feuerwerk. Die Kanakerei haben den Schlichterspruch überholt. Bericht über die Schlichtung unserer Verhandlungsführer in der öffentlichen Versammlung am Mittwochabend 7 Uhr im „Reichshof“, großer Saal, Invalidenstr. 126. Kein Angestellter darf fehlen!

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Vorstand: Streckenbach. Heute 8 Uhr im „Reichshof“, Neue Straße 12, Wanderversammlung. Wichtigste Tagesordnung. Berichtslesen werden ersucht. Anschläge auf den Dienststellen zu machen. — Vorstand: F. Fark und Fark. Heute 6 1/2 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Gieselerstr. 13/14, Wanderversammlung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband. Sämtliche Betriebs- und Betriebsratsleute sowie Funktionäre der „Hochgruppe Metallindustrie“ haben heute, Mittwoch, 7 Uhr in den „Müllerhütten“, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Versammlung. Tagesordnung: „Die Lage in der Metallindustrie“.

Kämpfe, Jümmers! Morgen, Donnerstag, nachm. 3 Uhr in den „Müllerhütten“, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Versammlung sämtlicher Vorges. und Arbeitervertreter des Holz-, Eisen- und Tiefbauhandwerks sowie sämtlicher Fabrikbetriebe. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Da es sich um äußerst wichtige Angelegenheiten handelt, ist es unbedingt notwendig, daß jede Arbeitshilfe durch ihren Vertretermann vertreten ist. Verbandsschulung sowie Betriebsratsausweis legitimiert!

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. 13. Verwaltungsbereich. Donnerstag 8 Uhr in der Aula in Kierbischenspeicher Versammlung.

Verantwortlich für den Inhalt: Carl: Viktor Schif, Berlin; für Nachrichten: Th. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Dieztes 1. Heft.

